

Bezugspreis
monatlich M.
in der Geschäftsstelle 700.—
in den Ausgabestellen 750.—
durch Zeitungshändler 800.—
am Postamt . . . 990.—
ins Ausland 100 deutsche M.

Fernnachrichten:
2273, 3110.

Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Poststelle für Polen: Nr. 200 283 in Posen.

Poststelle für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint
an allen Werktagen.

Anzeigenpreis:
f. d. Millimeterzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens . . . 50.— M.
Reklameteil 180.— M.
Stellen-Gesuche und
Angebote . . . 40.— M.

Für Anfragen { Millimeterzeile im Anzeigenteil 10.— d. M.
aus Deutschland { Reklameteil 36.— d. M.

Ein Sieg der Deutschen im Kampf ums Recht.

Der Völkerbund, der nach Erhöhung aller inländischen Instanzen von der deutschen Ansiedlerschaft Polens schweren Herzens zur Entscheidung der aus dem rigorosen Vorgehen der polnischen Behörden gegen die Ansiedler sich ergebenden Streitfragen angerufen war, hat gesprochen. Der authentische Text seines Spruches liegt vor. Und schon beginnt sich ein Echo im Blätterwald zu erheben. Die polnische Rechtepresse fühlt sich — von ihrem Standpunkt nicht mit Unrecht — durch die Entscheidung gekränkt und schreibt alle Schuld Herrn Askenazy in die Schuhe. Die polnische Linkspresse findet die Entscheidung nicht ungünstig. Wie aber haben sich die von der Entscheidung unmittelbar Betroffenen, die Ansiedler, und ihre Sachwalter zu ihr zu stellen?

Sieht man sich den Völkerbundsspruch daraufhin an, inwieweit er nach den Anträgen der Ansiedler und des Posener Deutschtums überhaupt erkannt hat, dann wird man feststellen, daß ein großer Teil der Wünsche nicht Berücksichtigung gefunden hat. Insbesondere hat sich der Völkerbundsrat der Auffassung, daß als Stichtag für die Rechtsständigkeit der Verträge nicht der Tag des Waffenstillstandes, sondern der 10. Januar 1920 zu gelten habe, nicht angegeschlossen. Auch die These, daß das Wiederaufsrecht als höchstpersönliches Recht nicht auf den polnischen Staat übergegangen sei, ist verworfen worden. Aber wenn man einen Kampf ums Recht führt, dann kommt es schließlich nicht darauf an, daß man in jeder Einzelfrage recht behält. Erreicht man von einem unantastbaren, sorgfältig prüfenden Richterkollegium einen Spruch, der da im Grunde sagt "Deine Sache war gut", dann wird man sich einem solchen Spruch gern und willig beugen. Und diese moralische Genugtuung gibt uns der Spruch des Völkerbundes. Nicht auf dem Boden der Politik ist er erwachsen, er beruht auf einer nach bestem Wissen und Gewissen vorgenommenen juristischen Prüfung, bei der trotz Herrn Kierski spiegelfechterischer Behauptung kein Raum für "politische Intrigen" irgendwelcher Art war.

Juristen von Welturk haben das Erkenntnis gesetzt, und wir bogen uns ihm, mögen wir in Einzelheiten auch dissentierender Meinung sein. Jedenfalls ist mit diesem Erkenntnis das juristische Monstrum aus dem Kierski'schen Kabinettskabinett mit der Aufschrift "Polen hat aus den bestehenden Verträgen nur die Rechte, nicht aber die Pflichten übernommen" erledigt. Klipp und klar ist der Standpunkt ausgesprochen, daß Polen Rechtsnachfolger Preußens hinsichtlich aller Verträge — mögen es Renten-, mögen es Pachtverträge sein — geworden ist, die am Tage des Waffenstillstandes in Geltung standen. Hatten Politiker den Spruch gefüllt, dann hätten sie vielleicht einen Unterschied gemacht, je nachdem ob die private Partei polnischer Staatsbürger geworden oder Reichsdeutscher geblieben war. Nichts von alledem: Durch derartige politische Erwägungen haben sich die Völkerbundsjuristen nicht im geringsten von der klaren Linie des Rechts abbringen lassen. Auch wenn der Vertragsgegner Reichsdeutscher ist, hat Polen den Vertrag zu erfüllen. Das in jenen fortgelösten Rentenverträgen stipulierte Wiederaufsrecht ist konsequenterweise ebenfalls auf Polen übergegangen, aber als Selbstverständlichkeit wird in der Entscheidung erwähnt, daß es nie im Gedanken daran ausgeübt werden dürfe, durch seine Ausübung eine der deutschen Minderheit angehörige Person zu treffen. Das heißt also: Eine Ausübung des Wiederaufsrechts gegen einen Deutschen ist nur dann statthaft, wenn es auf Grund der Tatumstände auch ausgeübt werden würde, wenn es sich nicht um einen Deutschen, sondern um einen Polen handeln würde. Im Erfall bliebe danach für eine Anwendung des Wiederaufsrechts höchstens Raum, wenn der Nachfolger nicht praktischer Landwirt wäre. Mit bemerkenswerter Entschiedenheit wird schließlich von der juristischen Kommission zu einer Frage Stellung genommen, die nicht allein die Ansiedlerschaft, sondern das Deutschtum hier schlechtweg interessiert, zur Auslegung des Art. 4 des Minoritätschutzvertrages über Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit durch Geburt in Polen. Unter ausdrücklichem Hinweis auf den klaren Wortlaut wird mit einer gewissen Schärfe und Bestimmtheit, wie sie bei Völkerbundsjuristen nicht üblich ist, das Kierski'sche Interpretationskunststückchen zurückgewiesen, das darin gipfelt, zum Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Geburt auf Grund der Worte "geboren von dort wohnhaften Eltern" nicht bloß polnischen Wohnsitz der Eltern zur Zeit der Geburt, sondern noch zur Zeit des Inkrafttretens des Friedenvertrages zu verlangen, eine Auslegung, die Herr Kierski den polnischen Verwaltungsbehörden aufzudrängen verstanden und mit der er sogar z. T. die polnische Rechtsprechung infiziert hat.

Überblicken wir die Entscheidung als Ganzes in ihrer innerlichen Begründetheit und juristischen Konsequenz dann haben wir allen Grund, über sie Genugtuung zu empfinden. Für unsere Ansiedler, die in jahrelanger Ungewissheit leben und wirtschaften mußten, die jetzt gerade ein Jahr in schwerem Kampf um ihr Recht stehen, in einem Kampf, der mit der Zeit immer schlimmere Formen annahm, besonders als man — wieder Kierski'scher Einfluß —, ohne auf das Schweben der Prozesse etwas zu geben, Landkommissare und Polizei und rabiate Nachfolger auf sie losließ und ihnen —

Die Rede des Ministerpräsidenten in Kattowitz.

Kattowitz, 11. Oktober. In der ersten Sitzung des schlesischen Sejm, die gestern, am Dienstag, stattfand, hielt Ministerpräsident Romuald eine Rede, in der er u. a. folgendes ausführte: Die polnische Regierung legt sich genau Rechenschaft über die unheilvollen Aufgaben ab, die durch die Angliederung dieses vorwiegend industriellen Teilstaates auf seine Schultern gefallen sind. Es handelt sich doch hier darum, der schlesischen Industrie Aufblühen und damit vielen Tausenden Arbeitern und ihren Familien möglichst günstige Lebensbedingungen zu sichern. Die polnische Regierung hört seit der Vereinigung dieses Teilstaates mit dem Mutterlande nicht auf, bemüht zu sein, das Wirtschaftsleben den neuen Bedingungen anzupassen, es nicht nur auf seinem bisherigen Niveau zu erhalten, sondern bei verständigem Verbrauch auf dem Wege des Austausches der Naturreichtümer anderer Woiwodschaften des Staates, folcher Reichtümer nämlich, über die die schlesische Wojewodschaft nicht genügend verfügt, ihm eine weitere glänzende Entwicklung zum Ruhm und Nutzen der Republik zu sichern. Nach Feststellung der neuen Grenzlinie haben sich die Vertreter verschiedener Wirtschaftskreise Schlesiens vor allen Dingen über den verhältnismäßig hohen polnischen Zoll beklagt und auf die sich hieraus ergebenden Unpäcklichkeiten hingewiesen. Die polnische Regierung hat diese Klagen sehr gewissenhaft geprüft und für die Übergangszeit eine ganze Reihe weitgehender Zollerhöhungen eingeführt, die sowohl der Industrie, als auch andererseits den breiten Massen der Bevölkerung eine gelinde Anpassung an die neuen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen gewährleisten. Ebenfalls zu diesem Zweck ist gleich in den ersten Tagen nach Übernahme der Herrschaft eine Verfügung über die Bildung einer Handels- und Handelskammer herausgegeben worden. Diese Bemühungen ist es zu verdanken, daß trotz anfänglicher unheilvoller Schwierigkeiten der Pulschlag des Wirtschaftslebens keinen Augenblick aufgehört hat zu schlagen. Wir hatten keine ernste Arbeitslosigkeit.

Die aufgetürmten Kohlenwälle haben sich seit dem Augenblick der Übergabe trotz der durch eine unfreundliche Presse verbreiteten Nachrichten nicht vergrößert, sondern sogar ganz beträchtlich verkleinert. Die Handelsbeziehungen werden sich noch besser regeln. Die großen Geschäftunternehmen werden sich den neuen Bedingungen anpassen und ihre Verwaltungsfäigkeit in das Land verlegen. Was die sozialen Einrichtungen anbetrifft, so bemüht sich die Regierung um ihr weiteres Auf-

blühen und ihren Aufbau. Die Regierung schenkt die allereifrigste Aufmerksamkeit der Vervolkommung der Organisation der Verwaltungsbüroden, auf denen im ersten Stadium der Zugehörigkeit dieses Landes zu Polen außergewöhnlich schwere Aufgaben lasten. Eine besondere Sorge der Regierung bildet die Sicherung einer ausreichenden Lebensmittelversorgung für die schlesische Wojewodschaft. Mit einer hinreichenden Menge von Lebensmitteln können die übrigen Wojewodschaften der Republik ausstehen, da der gegenwärtige Stand der industriellen Produktion in Polen zu derjenigen Stufe der Entwicklung gekommen ist, daß sie nicht nur die Bedürfnisse der Bevölkerung Polens selbst und auch die der Bevölkerung Oberösterreichs befriedigt, sondern sogar einen beträchtlichen Überschuss zur Ausfuhr besitzt. Für die Lebensmittelversorgung hat die Regierung schon ziemlich bedeutende Kredite genehmigt und außerdem hat sie die Absicht, ein möglichst genaues Funktionieren der Zufuhr von Lebensmitteln durch entsprechende Transporteinrichtungen zu ermöglichen.

Auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens weiß die Regierung vollkommen die große Bedeutung zu schätzen, die dieses Gebiet der Staatsverwaltung für das Wirtschaftsleben der schlesischen Wojewodschaft darstellt. Sie strebt zu seiner Anpassung an die neuen Bedingungen durch Erweiterung, sowie durch entsprechende Regelung und Ausstattung des Eisenbahnsystems. In der Walstraße hat die Regierung eine Leitlinie abgestellt und hat die Absicht zur Errichtung dieser schwierigen Angelegenheit. In dieser Hinsicht ist große Vorsicht nötig, die die Regierung auch anwendet, um nicht den komplizierten Wirtschaftsorganismus irgendwelcher Veränderungen auszusetzen.

Damit die Erfolge der oben angeführten Maßnahmen der Regierung zustande kommen, ist die einmütige Unterstützung der ganzen Gesellschaft nötig, ohne Rücksicht auf die nationale, politische oder soziale Zugehörigkeit des einzelnen. Ihrerseits versichert die Regierung, daß sie mit unbedingter Unparteilichkeit vorgehen wird bei der Errichtung aller Fragen auf allen Gebieten in ihren Beziehungen zu allen Einwohnern dieses teuren werten Teilstaates. In diesem Sinne grüßt ich, so endete der Ministerpräsident, im Namen des Staatspräsidenten und der Regierung die Vertreter der schlesischen Wojewodschaft und wünsche zugleich einmütige Arbeit und die besten Erfolge für die Beratungen des Sejm.

Obwohl kein Rechtsatz existiert, der der Verwaltung derartige, ins Gebiet der gerichtlichen Exekutive fallende Maßnahmen gestattet — die Wirtschaften abnahm, sie oft in unheilvaren Räumen mit ihrer Familie zusammenperchten, für diese Ansiedler muß es eine Erhebung sein, wenn sie sich jetzt, wo sie beinahe verzagen und am Völkerbund und irdischer Gerechtigkeit verzweifeln wollten, sagen dürfen: "Wir haben nicht umsonst gelitten; eine Instanz, die vielleicht nicht viel äußere, dafür um so mehr innere Autorität hat, attestiert uns, daß wir einen guten Kampf gekämpft haben. Gerecht fertigt stehen da die deutschen Juristen, die nicht müde wurden, in unbeirrbarem Glauben an die Verwirklichung des Gerechten, um das Recht der Ansiedler zu kämpfen, gerecht fertigt die polnischen Richter, die es wagten, gegen den Strom zu schwimmen und den Ansiedlern günstige Urteile zu fällen, in Ostrowo, in Posen und anderwärts, aber auch die anderen, die da wenigstens zugaben, daß das Vorgehen gegen die Ansiedler mit den Bestimmungen des Versailler Friedens nicht vereinbar sei, aber glaubten, um das Gesetz vom 14. Juli 1920 so, wie sie es verstanden, nicht herumkommen zu können. Gerichtet aber sind durch die Genseiter Entscheidung — nicht der polnische Staat, sondern die Nationaldemokratie und ihr privilegiertes Oberhaupt, Herr Kierski, die die ansiedlerfeindliche Politik inauguriert, die das Gesetz vom 14. Juli 1920 durchgepeitscht, die Regierung damit auf die unheilvolle Bahn einer rechtlich unhalbaren Politik gedrängt und auf die rigoroseste Anwendung des erwähnten Gesetzes durch Aufsicht aller demagogischen Künste gedrückt haben. Gerichtet ist jene Juristerei, die ad majorem gloriam rei publicae (oder auch aus eigennützigen Gründen?) den moralisch und rechtlich ansehbaren politischen Zweckhandlungen nach Art der griechischen Sophisten ein juristisches Männelchen umhängt, die sich bemüht, das Ungerechte als gerecht zu stempeln, wenn es nur in ihren politischen Kram paßt, die sich bemüht, Gewaltmaßnahmen gegen unbedeuende Elemente auszuzögeln und durch juristische Jongleurkünste ihnen den Schein des Rechts zu geben. Und der typische Vertreter dieser Juristerei ist Herr Generalstaatsanwaltsherr Kierski. Ihm verdanken die Ansiedler ihre unzähligen Leiden, ihm verdanken die polnischen Nachfolger die Unsicherheit ihrer Lage, ihm verdankt die polnische Volkswirtschaft die Verluste, die sie durch den plötzlichen gewaltvollen Besitzwechsel erlitten hat, wie er auf Kierski's Veranlassung vortrefflich, ohne die Völkerbundentscheidung abzuwarten, durch die polizeilichen Exmissionen vorgenommen wurde — auch ein Zeichen dafür, daß er selbst die Unsicherheit der rechtlichen Grundlage seiner Politik fühlte —, ihm verbandt der polnische Staat das Dilemma, in dem er sich jetzt befindet.

Lehnt er die Resolution des Völkerbundsrates ab, dann erschüttert er seinen moralischen Kredit innerhalb der Völkergemeinschaft bis auf die Grundfesten. Folgt er dem Gebot der Ehre und des Rechts und macht er sich jene Resolution zu eigen, dann kostet ihn das — dank der voreiligen Arbeit des Herrn Kierski in Bezug auf Prozeßführung und polizeiliche Exmissionen — Millionen. Die Generalstaatsanwaltsherr ist dazu berufen, die Interessen des Staates, die fiskalischen wie die moralisch-rechtlichen, in jeder Hinsicht zu wahren.

Da scheint man mit Herrn Kierski wirklich den Bock zum Gärtner gemacht zu haben. Wenn alle Beamten der Generalprokuratur mit solchem Erfolg arbeiten wie Herr Kierski, dann kann das für die Staatsbürger ein teurer Spaß werden. Herr Kierski scheint aber auch die moralische Ohrfeige, die er persönlich durch die Völkerbundsratsentscheidung erhalten, von den Irrwegen, in die er sich verrannt, nicht abzubringen. Hat er doch die Stirn zu sagen, diese Entscheidung wäre ja rechtlich für Polen ganz irrelevant, und damit der Regierung den guten Rat zu erteilen, über sie zur Tagesordnung überzugehen. M. E. ist das absolut unmöglich. Polen darf die Gelegenheit nicht ungenutzt vorübergehen lassen, in der Welt und im eigenen Staat — an den Minderheiten — moralische Eroberungen zu machen. Es wäre auch ein Unding, wenn Polen, das die sozusagen einstweiligen Verfügungen des Völkerbunds in der Ansiedlerfrage angenommen, wenn auch nicht durchgeführt hat, die Hauptentscheidung in der selben Frage verwiesen wollte.

Aber die moralische Genugtuung, die dem Ansiedler durch den Völkerbundsspruch zuteil geworden ist, kann ihm nicht genügen. Vor allem will er die praktischen Ergebnisse des Spruchs sehen. Angenommen hat Polen auch die vorangegangenen Resolutionen des Völkerbundes. Das hat die polnischen Unterbehörden aber nicht gehindert — ob unter stillschweigender Billigung oder nur unter nachlässiger Unkenntnis dieses Vorgehens seitens der Zentralbehörden, ist nicht festzustellen —, mindestens die Hälfte der in Frage kommenden Ansiedler von ihrem Heim und z. T. auch aus Polen durch ein System von Exmissionen und Zwangsverwaltungen zu entfernen und damit jene Resolutionen praktisch zu sabotieren. So etwas darf jetzt nicht wieder vorkommen. Der Völkerbund, der seine Erfahrungen gemacht hat, hat an jede Möglichkeit gedacht und seinerseits Vorsorge getroffen, daß schnell Klarheit geschaffen wird. Er hat „nur zu verhindern, daß Maßnahmen gegen diejenigen Ansiedler getroffen werden, die im Besitz ihrer Wirtschaften bleiben müssen“, den Bericht als Eilsache bezeichnet und um Übermittlung an die polnische Regierung „auf allerschnellstem Wege“ gebeten. Die Ansiedler ihrerseits haben die feste Absicht, sich diesmal nicht hinausgrauen zu lassen, sondern zu bleiben, bis die maßgebenden Stellen Farbe bekannt haben. Selbstverständlich werden sie es der Regierung nicht unzählig schwer machen, aus dem Völkerbundsspruch die nötigen Konsequenzen zu ziehen, wenn sie nur den ehrlichen Willen hat, praktische Arbeit zu tun. Über den Weg, den Spruch in die Praxis zu übersetzen, läßt sich reden, und durch gütlichen Vergleich wird sich schon ein Weg finden lassen, der das Prestige und die Stellung der Regierung nicht gefährdet, andererseits den berechtigten Ansprüchen der Ansiedler genügt. Was zunächst nötig ist, sind vorbereitende Maßnahmen. Da ist vor allem auch das Muhen der vielen hundert Räumungsprozesse gegen Ansiedler zu erwähnen; diese sind nach dem Völkerbundsspruch ziemlich überflüssig geworden und belasten die im ehemals preußischen Teilgebiet sowie überlasteten Gerichte unnötigerweise.

Größere praktische Schwierigkeiten wird die endgültige Regelung der Frage bieten angesichts der Tatsache, daß in den meisten Fällen schon ein Nachfolger oder ein Zwangs-

verwalter auf der Wirtschaft sitzt, öfters die Vorräte ausverkauft hat, daß die alten Ansiedler zum Teil als polnische Staatsbürger nach Deutschland verzogen sind, weil sie das Leben unter einem Dach mit einem rabiaten Nachfolger nicht mehr aushalten konnten, daß die Wirtschaft von Inventar entblößt ist, weil einerseits der frühere Ansiedler sein Inventar, um sein Leben zu fristen, nach seiner Heruntersetzung verkauft hat, andererseits der Neuerwerber wegen Kapitalmangels zu Inventaranschaffungen nicht in der Lage war. Aber auch aus diesen praktischen Schwierigkeiten werden sich Auswege finden lassen, zumal wenn man bedenkt, wer denn alles „Nachfolger“ geworden ist. Es ist in diesem Blatt schon vor längerer Zeit unter der Überschrift „Agrarreform im Posenschen“ darauf hingewiesen worden, was für Leute von den Landbehörden in den Besitz von Ansiedlungen gesetzt sind, insbesondere beschäftigte sich der Artikel mit dem Aufbau von Ansiedlungen durch den früheren Syndikus des Ansiedlungsamtes, des Posener Rechtsanwalts Dr. Wendland. Jetzt, nach Anwendung des Gesetzes vom 14. Juli 1920, haben sich derartige unerhörte Fälle ganz enorm vermehrt. Eine kurze Blätterlese, die lediglich die Umgebung Posens berücksichtigt, mag das erweisen:

Dicht bei Posen, geschäftlich glänzend gelegen, haben wir die Musteransiedlung Piatkowo (Schönherrnhause). Dort haben sich als Nachfolger von durch das Gesetz vom 20. Juli 1920 vertriebenen Ansiedlern auf Bauernstellen niedergelassen: der bekannte Komponist und Musikprofessor Nowowiejski, der mit Militärgepannen und Militärpersonen aus Posen seinen Acker bestellte,

der Kreisrichter Dr. Olejny aus Posen,
der Gerichtssekretär Dąbros aus Posen,
der Fleischermeister Polakiewicz.

Bei Piatkowo liegt die Ansiedlung Glinno. Hier haben sich ansiedelt:

der Kreissekretär Bogacki vom Starostwo Posen-Ost und die Schwester des Propstes Buczyk aus Krakau.

Aus Kiekrz, Kr. Posen-West, sind als „Neuerwerber“ hier u. a. zu vermerken:

Postsekretär Podrowski,

die Lehrerin Maria Machuwiczowna aus Posen (auf Stelle Nr. 18);

aus Chyby (Hiebingen), Kr. Posen-West;

Museumsdirektor Gumowski vom Muzeum Krajowe (früher Kaiser Friedrich-Museum), ferner
prakt. Arzt Dr. Alfiewicz aus Posen;

aus Bielatowo: Dr. Franciszek Bereśnicki aus Krakau;

aus Urszowo, Kr. Posen-West: ein Oberarzt (Militärarzt) aus Krakau;

aus Golęcino (Golenhofen), Kr. Posen-West; der weit bekannte Musteransiedlung wieder ein Mediziner: Dr. Leja aus Posen;

aus Umlutowo (Ulmendorf), Kr. Posen-Ost; der Spediteur Murkowski aus Posen;

gar nicht zu erwähnen die vielen aktiven Offiziere, die Ansiedlungen erworben haben, und die wir spaltenlang namentlich anführen könnten.

Besondere Beachtung verdient aber das landschaftlich recht schön gelegene und bequem zu erreichende Herzogtum, Kreis Posen-Ost, das von einem Ansiedlerdorf zu einer Villenkolonie für die wohlhabende polnische Gesellschaft Polens avanciert. Ist doch heute auch der Grund und Boden die heile Kapitalanlage, besser sogar als Staatsanleihen! Unter den neuen Ansiedlern dort seien genannt:

der Flieger-Oberst Syrokomla, das Haupt der Kolonie, nebst verschiedenen anderen Offizieren.

Fräulein Boja Gruszyńska, Tochter des Senatspräsidenten beim Appellationsgericht Posen,

der höhere Beamte beim Okręgowy Urząd Ziemiński (Präsidialvertreter) Nowak,

der Bankdirektor Dr. Edmund Piechocki aus Posen.

Auch Starosten sind unter die Ansiedler gegangen, vgl. den Starosten des Kreises Schmiegel, Herrn Kopczynski, der sich in Nietzlowo ansiedelt hat.

Bei besonders interessant aber ist, daß auch Richter, die sich von Berufs wegen mit den gegen ihre Vorgänger angestrengten Räumungsklagen zu beschäftigen haben, es nicht verschmäht haben, sich vor Erlass den Endurteils in den Besitz umstrittener Stellen zu setzen.

Über die landwirtschaftliche Eignung und Erfahrung dieser Nachfolger ließen sich viele schöne Històrchen wiedergeben, die vielleicht ein andermal zur Erheiterung der Leser vorgelegt werden sollen. Die Entfernung derartiger „Nachfolger“ ist volkswirtschaftlich vollständig unbedenklich und ohne jede Härte durchführbar. Und derartige Listen lassen sich mit Leichtigkeit ergänzen und auch für andere Landstriche (Bromberg, Thorn, Graudenz, Lissa u. s. w.) aufstellen.

Die polnischen Massen aber, die heute hier im ehemaligen preußischen Teilstück noch immer hinter den nationaldemokratischen Führern herrotten, mögen aus dieser Liste einsehen, daß die deutschumsfeindliche und antisemitische Politik, von der ihnen die Nationaldemokratie goldene Berge verspricht — ganz abgesehen davon, daß sie die internationale Stellung Polens verschwert und auf Polen das Odium der Minderheitsverfolgung häuft —, sich innenpolitisch in einer Weise auswirkt, die nur einer Obersicht die Vorteile aus jener Politik sichert, die landhungrige Masse aber mit Brotsamen abspeist.

Republik Polen.

Revolutionäre Tätigkeit in Kleinpolen.

Lemberg, 11. Oktober. Zur Weiterführung der Unruhbewegung in Kleinpolen entsandten ukrainisch-bolschewistische Organisationen ihre Agenten aus der Ukraine auf polnischen Boden. Ein erschöpfendes, bis ins einzelne gehendes Informationsmaterial ist in den Händen der polnischen Regierung.

Die Südslawische Handelsdelegation.

Warschau, 10. Oktober. Die „Rzeczypospolita“ meldet, daß in Polen eine südslawische, offizielle Handelsdelegation eingetroffen ist, um mit den Verhältnissen in Polen bekannt zu werden. Die Delegation weilt in Bielitz, von wo sie sich nach Lemberg begibt. Dann besucht sie Borysław, das Naphtabiet, Krakau, das Dąbrowo, Kohlengebiet, Oberschlesien, Lódz, Wilna und zum Schluss Warschau, wo Verhandlungen über einen Handelsvertrag zwischen Polen und Südslawien beginnen werden.

Erhöhung der Verbrauchssteuern für Zucker.

Warschau, 11. Oktober. Das Schatzministerium hat in einem im Ministerium eingereichten Projekte eine Erhöhung der Verbrauchssteuer (Achsa) für Zucker von 200 auf 300 M. für 1 Kilogramm vorgeschlagen. Die neue Verbrauchssteuer kann für die Vorräte, welche der alten Steuer noch nicht unterworfen waren, frühestens am 1. November verpflichtend werden. Im laufenden Monat ist keine offizielle Änderung des Zuckerpriees möglich.

Ein neuer Kurort.

Posen, 10. Oktober. Das Ministerium für soziale Fürsorge hat beschlossen, 50 Millionen Mark Amortisationsanleihe für Ausbau und Organisationszwecke des Kurortes Podgórz bei Gnesen zu ausschreiben. Dank diesen Fonds wird der Kurort in der kommenden Saison schon vollkommen auf der Höhe seiner Aufgabe stehen. Der Kurort wird von der Bank Biedrocznia in Posen finanziert.

Beginn des akademischen Jahres an der Universität Posen.

Am Sonntag früh fand die feierliche Eröffnung des akademischen Jahres 1922/23 an der Posener Universität statt. Nach einer Messe in der Schlosskapelle begab sich der Senat der Universität mit dem Rektor und den Dekanen an der Spitze in feierlichem Zuge nach der Universitätsaula. Dort fand pünktlich um 12 Uhr die Feier statt. Nach dem Vortrag einer Kantate hielt der Rektor Magnificus, Professor Dr. Swiecicki, eine Ansprache über die Tätigkeit der Universität im Jahre 1921/22. Er teilte mit, daß im vergangenen Jahr, dem dritten seit der Gründung der Universität, 2979 Hörer, darunter 400 Damen, die Universität besuchten. Der Lehrkörper setzte sich aus 154 Personen zusammen. Das Budget betrug außer den Baukosten ungefähr 7 Millionen. Die Bemühungen um die Errichtung einer theologischen Abteilung führten noch zu keinem Resultat; besonders schwer ist es, genügend qualifizierte Lehrkräfte für diese Fakultät zu bekommen. Die Rechts- und Konomische Fakultät setzt sich zusammen aus 23 Professoren und 1500 Studenten. Die medizinische zählt 31 Lehrkräfte. Die Bauten für die einzelnen Abteilungen rücken schnell vorwärts. Die Posener Universität besitzt als einzige in ganz Polen von jetzt an

Mit der Seelenruhe eines reinen Gewissens sah der Knecht seinen Herrn an.

„Janek, was hast Du mit der Trine vorgehabt?“

„Wahrhaftigen Gott, Herr Förster, ich hab ihr nich mit'm kleinen Finger angerührt, und wenn ich mir am Sonntag de Nas' begieß, was geht das ihr an?“

„Ja, Janek, aber das geht nicht so. Entweder Du oder die Trine, Na, und meine Frau kann doch nicht ohne Mädchenbleiben. Also Du! Du — Esel! Bis morgen früh geb' ich Dir noch Zeit. Wenn Ihr Euch bis dahin nicht — vertragen habt, mußt Du gehen.“

Mit Mühe hatte Frau Förster das Lachen unterdrückt. „Nimm mir's nicht übel, Wilhelm, aber der Kerl ist zu dumm.“

Am anderen Morgen stand Janek vor seinem Herrn, der ihm seinen Lohn auszahlte und noch ein Weihnachtsgeschenk hinzufügte. Dann ging er hinaus, um den Schlitten anzuspannen, mit dem der Förster wegfahren sollte, einen neuen Knecht zu suchen.

Traurig packte er seine geringen Haben und Kleinen in eine Büche und setzte sich auf die Bettelade. Was bloß die Trine gegen ihn haben möchte, daß sie ihn aus dem guten Dienst wegbüßt? Er hatte ihr doch jeden Tag Wasser und Holz in die Küche getragen und die Kartoffeln aus dem Keller geholt und das Viehfutter in den Stall gebracht!

Sein Magen knurrte vor Hunger, denn Trine hatte ihm heute nicht mal mehr Frühstück vorgesetzt. Er stand auf und trat in die Stalltür. Aber nein, so konnte er nicht weggehen, ohne die Kinder noch mal geschenkt zu haben. Dem Kürschner mußte er doch die neuen Peitschen geben, die er ihm versprochen, und der Lieschen den niedlichen Wocken...

Er stand und stand. Wo bloß die Kinder blieben? Sonst kamen sie doch gleich nach dem Frühstück auf den Hof und suchten ihn auf. Eine Stunde verging, sein Magen knurrte beständig; da ging er langsam zur Haustür und legte Peitsche und Woden auf die Schwelle. Als er sich langsam zum Gehn wandte, öffnete sich die Tür und Frau Förster trat heraus in Mantel und Kapuze.

„Janek, Du noch hier?“

„Ja, Frau Förster, ich wollt' eben gehen.“

„Janek, die Kinder sind krank — ich glaub', es wird Diphtheritis. Der Doktor muß geholt werden. Vielleicht trifft Du meinen Mann, er wollte nach der Stadt fahren —“

ein Katheder der Orthopädie. Die philosophische Abteilung sieht sich zusammen aus der humanistischen und der mathematisch-naturwissenschaftlichen. Die erste steht gegenwärtig besser da als die zweite, denn in der mathematisch-physischen Abteilung fehlen Laboratorien, Seminarien usw., und zwar aus Mangel an Platz und an Einrichtungen. Die Arbeit ist für Landwirtschaft und Forstwesen entwidelt sich sehr günstig dank der Versuchsstationen, Vorwerken und Versuchsfeldern. Sodann schilderte der Rektor die Tätigkeit der verschiedenen Hilfsabteilungen der Universität, wie den Verlag, die Bibliothek, die Druckerei, die sogenannten Akademien, die Feierlichkeiten, das Zusammensetzen der Professoren, die akademische Kürche der Bratina Pomoc. Zum Schlus dankte der Rektor allen Wohltätern der Universität, die zu ihrer schönen Entwicklung beisteuerten. Hierauf sprach der Dekan der medizinischen Fakultät, Prof. Dr. Adam Wróblewski, über die soziale Tätigkeit Karol Marcinkowskis. Anwesend waren bei der Feier die Vertreter der Civil-, Militär-, städtischen und Selbstverwaltungsbüroden, die Komitee der ausländischen Staaten, die gesamte Professorenchaft mit Familie und eine große Zahl der akademischen Jugend.

Die polnischen Abgesandten zur Krönung des rumänischen Königs. Gestern fuhr in der Richtung nach Bukarest über Lemberg und Czernowitz General Mozdowski mit dem Abg. Alexander Szczęsny ab, der in diesem Falle im Charakter eines Spezialgesandten abgesandt wird, um Polen bei den Krönungsfeierlichkeiten des rumänischen Königs zu vertreten. Die Feierlichkeiten finden am 15. d. Mts. statt.

Prüfung der polnisch-litauischen Grenze. Am 13. d. Mts. fuhren nach Warschau die Abgesandten des Volkerbundes, Saura und Łasicz, zurück, welche zur Prüfung des neutralen Streifens abgesandt waren. Während der Prüfung der Abschnitte im Gebiet von Suwalki wandten sich alle Orthodoxen außer einer an die beiden Delegierten mit der Forderung der Angliederung an Polen.

Erfolgslose Verhandlungen über eine polnische Bibliothek. Am Donnerstag fuhren nach Warschau die polnischen Sachverständigen zurück, welche in Moskau in der sogenannten geistlichen Spezialkommission über die Rückgabe der Bibliothek der Familie Baluski beraten haben. Die Verhandlungen waren infolge des unerhöhllichen Standpunktes der russisch-ukrainischen Delegation erfolglos.

Der Vorsitzende der interministeriellen Kommission zur Prüfung der polnisch-bolshewistischen Grenzen in Russland und der Sowjet-ukrainen, Herr Malchomir, erbatte nach der Rückkehr dem Minister des Ministeriums des Auswärtigen einen detaillierten Bericht, zugleich mit einer Reihe von Anträgen über die Neugründung.

Eine Geschichte des polnisch-bolshewistischen Krieges. Wie der „Express Warschau“ erfährt, wurde durch das Kriegsministerium eine spezielle Kriegsgeschichtliche Kommission unter Vorsitz eines bekannten Historikers, des Obersten Dr. Kufiel, eingerichtet, die eine Geschichte des polnisch-bolshewistischen Krieges bearbeitet.

Der englische Gesandte Miller besichtigt die Baurbeiten der Regierung. Der englische Gesandte in Warschau Max Miller mit seiner Gemahlin besichtigen die Baurbeiten und die bereits eingerichteten Wohnhäuser für Beamte in Boleborz und drücken ihre Anerkennung für diese rege Bautätigkeit der Regierung.

Bau von Arbeitshäusern. Das Finanzministerium hat aus Fonds, die Polen von Deutschland auf Grund der Versicherungsspende-Berechnungen erhalten hat 100 Millionen Mark für den Bau von Arbeitshäusern in Polen aufzubringen. Schulfeindliche Eltern im Kreis Lódz. Den Kreisfusilat des Kreises Lódz sandte in diesen Tagen folgendes Schreiben an alle Schulleiter: Auf der Sitzung des Kreisfusilats vom 28. August wurde beschlossen, Eltern, die schon drei Mal mit einer Geldstrafe belegt wurden und trotzdem ihre Kinder ohne dringende Begründete Urlaube zu Hause behalten mit Gefängnis zu bestrafen. Alle Schulleiter haben deshalb sofort Elternversammlungen einzuberufen, auf welchen dieser Beschluß der Bevölkerung bekanntgegeben werden soll.

Vor den Sejmwahlen.

Lódz, 9. Oktober. Der „Kurier Lódzki“ meldet, daß an den letzten Verhandlungen zwischen dem Christlichen Verband der nationalen Einheit einerseits und dem Polnischen Zentrum und Bürgerlichen Zentrum andererseits in der Frage einer gemeinsamen Wahlliste in Lódz die Eminenz des Bischofs Tymieniecki teilgenommen hat, der erklärte, daß ihm beide Gruppen gleich nahe ständen, und daß er beiden wohlwollend gegenüberstehe.

Warschau, 9. Oktober. Am Sonntag fanden in verschiedenen Stadtteilen 13 Wahlversammlungen, die von der Polnischen Sozial-

Danziger Kurse vom 11. Oktober.

Die polnische Mark in Danzig 261/4

Der Dollar in Danzig 2850

Tendenz: schwächer.

„Ich hol' den Doktor.“ Er ließ seine Büche stehen und rannte wie ein Verbündeter davon. Dicht vor der Stadt holte er den Förster ein, der schon vergeblich in zwei Dörfern nach einem Knecht gesucht hatte.

Herr Förster... Kurt und Lieschen, beide haben dicke Rötis... wir sollen schnell dem Doktor holen.“

Wie selbstverständlich war er in den Schlitten gestiegen und hatte die Leine ergriffen. Auch zurück fuhr er, daß die Jungen stoben. Während der Arzt sich zu den Kindern begab, brachte er die Pferde in die Scheune und deckte sie zu. Dann ging er in den Stall und setzte sich auf die Bettelade. Ihm war vor Hunger ganz übel. Was sollte er noch hier? Er war doch ausgelohnt. Langsam erhob er sich. Bögernd, mit schenem Blick, kam Trine über den Hof.

„Janek, die Kinder sind gerettet. Der Doktor hat ihn was eingespritzt. Aber es war die höchste Zeit. Janek, möcht' was essen, mußt doch Hunger haben! Komm in die Küche!“

Er trat ihr näher. „Und heute früh?“

„Ah Gott, Janek, ich hab' mich über Dich so geärgert, daß Du nicht den Mund aufgemacht hast.“ Sie schubste ihn mit der Schulter. „Wenn Du bloß 'nen Ton gesagt hättest! Ich bin ja schon an die Dreizehn ran, aber ich hab' meine Aufsteuer liegen und tausend Mark auf der Sparkasse.“

Nun hob Janek den Kopf. „Eh, Trine, meinst wirklich? Ich bin doch schon über die Bierzig.“

„Was schad' das, wenn Du man willst. Ich hab' schon lange gewollt...“

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

— Ein Sebastian-Bach-Fund. Die autographischen Singstimmen einer bisher als verschollen geltenden Hochzeitslitanie für Sopran und Alt „Bergmäßige Pleißenstadt“ von Johann Sebastian Bach sind von Dr. Werner Wolffheim in Berliner Privatsammlung aufgefunden worden. Um das aus Bachs Leipziger Zeit stammende Werk, von dem leider keine Instrumentalsstimme erhalten ist, aufführbar zu machen, hat Professor Georg Schumann eine Begleitung dazu frei geschaffen. Die Litanei wird in dieser Form jetzt beim Breslauer Bachfest und in Berlin im ersten Konzert der Singakademie zu Gehör gebracht.

→ Posener Tageblatt. ←

listischen Partei, von dem Christlichen Verband der nationalen Einheit, vom Polnischen Zentrum und Bürgerlichen Zentrum organisiert worden waren.

Warschau, 9. Oktober. In diesen Tagen ist ein Wahl zwischen dem Polnischen Zentrum und dem Bürgerlichen Zentrum zustande gekommen, auf Grund dessen das Bürgerliche Zentrum in 28 Wahlbezirken für die Liste des Polnischen Zentrums, in der Stadt Lodz dagegen das Polnische Zentrum für die Liste des Bürgerlichen Zentrums stimmen wird.

Aus der polnischen Presse.

Über die „Chjena“ (Nationaldemokratie).

Die Warschauer Presse der letzten Tage behandelt in ihren Artikeln in der Hauptsache die kommenden Wahlen und die einzelnen Parteien. So schreibt der „Kurier Warszawski“ (gemäßigt links), daß die Taktik des Christlichen Verbands der nationalen Einheit (Nationaldemokratie), eine Taktik brutal hässlichen Krieges sei, der sich das polnische Zentrum (gemäßigte Rechtsparteien) nicht anschließen wolle und daher selbstständig in die Wahlen gehe. Der Christliche Verband der nationalen Einheit (die Gegner nennen ihn nach den Anfangsbuchstaben spöttisch „Chjena“, d. h. Schiene) versucht nun durch alle Arten von Angriffen dem polnischen Zentrum zu schaden und werfe ihm vor, wissenschaftliche Lügen zu verbreiten und der Nationaldemokratie durch üble Verleumdungen Abbruch zu tun. Der Abgeordnete Pfarrer Dr. Józef Skarżyński nennt deshalb die Arbeit des katholischen polnischen Zentrums eine „moralische Vergiftung“ — Somit befiehlt die katholische Geistlichkeit eine andere katholische Partei, geleitet von dem Gedanken der eitlen Konkurrenz bei der Verteilung der Mandate. Die Zeitung fügt hinzu, daß ein derartiges Auftreten der „Chjena“ bei den katholischen Wählern schaden müsse.

„Mowtnik“ (soz.) schreibt, es wäre für Polen schlecht, wenn wirklich nur die „Chjena“ eine „nationale“ Partei wäre. Es würde bedeuten, daß nur die Rechtspartei patriotisch empfunden, während man anderen sozialen Klassen dies Empfinden abspräche. Man müsse es dem Christlichen Verbande der nationalen Einheit („Chjena“), seine eigene Ansicht über die nationalen Interessen und den Patriotismus zu haben, überlassen, es sei aber ammaßend, den Schutz der nationalen Interessen im allgemeinen für sich allein in Anspruch nehmen zu wollen.

Eine Anerkennung der deutschen Musik.

Nachdem kürzlich aus Anlaß des Konzertes des Blüthner-Orchesters leider einige mißgünstige und von wenig Kultur: erfüllende Stimmen der anderen Nationalität von uns festgestellt werden mußten, erfreut es uns um so mehr, konstatiert zu können, daß ein polnisches Blatt, dem man sonst Deutschfreundlichkeit nicht nachsagen kann, wie der „Kurier Warszawski“, einen Aufsatz bringt, der eine verständnisvolle Würdigung des deutschen Kirchenmusik, besonders Bachs, enthält. In der Nummer des „Kurier“ vom 4. Oktober äußert sich Ks. Dr. Sieburgowski in einem Aufsatz: „Leipzig — Regensburg (Kirchenmusikalische Eindrücke)\", in dem er folgenderweise beginnt: „Voll von Begeisterung strebe ich auf den Straßen des reichen Leipzig nach der Thomaskirche, zu den berühmten, durch langjährige Tradition geweihten a capella-Vorführungen des dortigen Chors. Im Hause der Kirche grüßte mich: Er selbst, Johann Sebastian Bach. Mit Andacht blieb ich auf die ehrne Gestalt des großen Leipziger Kantors... Für alles das neigt heute die ganze Kulturmehrheit das Haupt vor dem genialen Schöpfer der Präludien, Fugen, Kantaten und Passionen, und so lange nicht aus der menschlichen Seele die Empfindung für musikalische Schönheit entchwunden ist, wird sein Name groß sein. Diese und ähnliche Gedanken und Reflexionen begleiteten mich zu dem schönen Heiligtum, das schon dicht gefüllt war von den Verehrern der Muse Bachs. Um aus der Nähe die Zusammensetzung des ganzen Chors, seine Disziplin und die Leitung zu beobachten, begab ich mich direkt auf die Orgelempore, wohin gerade der Reihe nach die kleinen und großen Choristen hinaufstiegen. Sie kamen augenscheinlich gerade von der Universität oder Schulbank, denn sie trugen die Bücher noch unter dem Arm. Pünktlich um 1/2 Uhr erklangen die ersten Akorde der C dur-Fuge von Bach, die gespielt wurde mit farbiger Registrierung, mit flüssiger und unfehlbarer Technik, mit ausgezeichnetem Phrasierung.“ Hierauf zollt der Verfasser dem Organisten, dem Dirigenten und dem Chor das reichste Lob und fährt dann fort: „Mit Bedauern dachte ich daran, daß in einer Woche um dieselbe Nachmittagsstunde ich schon nur noch ein eisiger Teilnehmer des Leipziger Ohrschmauses sein würde. Bevor ich Abschied nahm von den würdigen Vorlämpfern des Bachischen Genius, schaute ich noch einmal in die Büge des geistigfüllten Kantors. Stärker als jemals wurde ich mir in diesem Augenblick bewußt der individuellen Macht dieses Herren der Muß. Bach, das ist nicht die Persönlichkeit, das ist die Überpersönlichkeit. Wer sich wirklich in die Bachsche Musik vertieft hat, wer seinen Geist ganz und gar erfaßt hat und mit innerer Andacht eingedrungen ist in sein geheimnisvolles Wesen, der versteht, daß nur ein Bach ist, wie nur ein Palestina, ein Beethoven und ein Chopin.“

Sodann erzählt der Verfasser von seiner Reise nach Regensburg und bricht in den Begeisterungsruf aus: „Regensburg, ein Wort, das jeden Kirchenmusiker elektrisiert. Noch steht der Mittelpunkt der katholischen Kirchenmusik... Die Reform der vielseitigen Kirchenmusik feiert ihren Geburtstag nicht in Paris, nicht in London, Köln, Madrid oder in Rom, sondern hier in dem bescheidenen Regensburg, das dadurch auf der ganzen Erdkugel hervorragt.“ Sodann schildert der Verfasser auf mehr als vier Seiten seine musikalischen und religiösen Eindrücke aus Regensburg.

Es ist erfreulich, zu sehen, daß auch in polnischen Kreisen das Gefühl und die Bewunderung für die Größe und Tiefe der deutschen Musik vorhanden ist. Sollte eine solche Musik von einem Volke geschaffen sein, das keine Menschlichkeit besitzt?

Wojewodschaft Schlesien.

Die Eröffnung des schlesischen Sejm.

Kattowitz, 11. Oktober. Gestern nachmittag 4 Uhr wurde der erste schlesische Sejm eröffnet: Zur Eröffnungsfeier waren Ministerpräsident Nowak in Begleitung des Bismarck-Ministers Studziński, sowie die Minister Dąbrowski und Kamienski in Kattowitz eingetroffen. Am Vormittag fand ein Gottesdienst in der Marienkirche statt, bei dem man u. a. auch den Sejmarschall Trampeński und die Generale Szepietowski und Haller bemerkte. Gegen 4 Uhr nachmittags waren alle gewählten Abgeordneten in der ehemaligen Baugewerbeschule, deren Aula zum Sitzungssaal hergerichtet war, beisammen. Nach einer kurzen Ansprache des polnischen Ministerpräsidenten, in der er darauf hinnahm, daß Oberschlesien unter den polnischen Wojewodschaften das Vorrecht besitzt, einen eigenen Sejm zu bilden, übernahm Johanna Omałowska vom Koranski-Bloc als Alterspräsidentin den Voritz. Bei ihrer Ansprache kam sie auf die Geschichte der Entwicklung Oberschlesiens zu sprechen und brachte ein Hoch auf Oberschlesien und die Republik Polen aus. Aufsehen erregte es, als sämische deutschen Abgeordneten bei dem Gedächtnis an die gefallenen Insurgenten sitzen blieben. Nach Verleistung der Verordnung des Wojewodschaftsrates vertrat sich der Sejm auf Freitag nachmittag 4 Uhr. Auf der Tagessitzung steht die Wahl des Präsidiums und Belehrung über die Geschäftsordnung. Innerhalb des Sejm haben die Abgeordneten der Katholischen Volkspartei und der Deutschen Partei einen Deutschen Klub

gegründet, dem sich die Sozialdemokraten als Hörer angeschlossen haben.

Der Vorsitz hat Freiherr von Reichenstein übernommen. Die Gründungen des Klubs bilden Einheit ohne Fraktionzwang in allen Minoritätsfragen.

Der Sitzungssaal.

Kattowitz, 11. Oktober. Der Saal, der für die Sejmssitzungen bestimmt ist, ist noch in der Ausstattung begriffen, weshalb die Beratungen des schlesischen Sejms vorläufig im Empfangssaal der Wojewodschaft stattfinden. Der nationale Block nahm die mittleren Bänke ein und hat zur Linken die P. P. S., hinter sich die R. P. R. (Nationale Arbeiterpartei), und zur Rechten die Vertreter der Deutschen. Im Bestand der Abgeordneten sind gewisse Änderungen eingetreten. Abg. Milbauer, ein Mitglied der R. P. R. hat sein Mandat niedergelegt, und an seine Stelle ist der Ingenieur Małkowski aus Kattowitz getreten. Die Stelle des Abg. Korfanty, der in mehreren Bezirken gewählt wurde, nahm der Abg. St. Janicki aus Tarnowice-Höhe ein.

Eine Frau als Vorsitzende.

Warschau, 10. Oktober. Gelegentlich der Eröffnung des schlesischen Sejms bemerkte man eine ziemliche Verkehrsstiegung in Kattowitz. Aus Posen, Warschau, Krakau und Berlin kamen Journalisten. Auf Grund des bisherigen Reglements für die Sejmssitzungen ist in den ersten beiden Sitzungen der Vorsitzende der älteste Abgeordnete. Es wird diese Frau Omałowska sein, welche 62 Jahre zählt, von Beruf Redakteurin und Lehrerin, Vorsitzende des polnischen Frauenverbandes in Oberschlesien. Sejmsekretäre werden die jüngsten Abgeordneten sein. In den polnischen Klubs, besonders im nationalen Club, besteht der Wunsch, daß nach der Wornahme der Marschallwahl der Sejm bis zum 5. November, d. h. den Wahlen zum Warschauer Sejm, bertagt werde, damit nicht die Sejmtribüne zur Wahltagung gemischaucht werden kann.

Die Kräfteverteilung im schlesischen Sejm.

Warschau, 10. Oktober. Der Berichterstatter des „Kurier Warszawski“ schreibt folgendes über die Kräfteverteilung im schlesischen Sejm: In streng nationalen Angelegenheiten werden alle polnischen Parteien einmütig stimmen. In wirtschaftlichen Angelegenheiten wird der nationale Block zusammen mit dem neu gegründeten deutschen Block auftreten. Die auf diese Weise geschaffene Mehrheit wird 80 Stimmen betragen, gegenüber den 18 übrigen.

Der Aufbau Europas.

Branting Gesandter in Paris.

Kopenhagen, 11. Oktober. Schwedische Zeitungen teilen mit, daß Staatsminister Branting anlässlich seiner Ernennung zum Mitglied des Rates des Völkerbundes vom Amt zurücktreten will. Es wird angenommen, daß er seine Stelle als Minister des Außenwesens während des Staatsministerposten des bisherigen Finanzministers Trossen übernehmen wird. Gerüchte wollen wissen, daß Branting den Posten eines schwedischen Gesandten in Paris übernehmen soll.

Die wieder aufgenommene Mudanía-Konferenz.

Der Verhandlungsräum.

Der Berichterstatter der „Daily Mail“ schildert den Raum, in dem die Verhandlungen stattfinden: „Das Haus, in dem die Generale sich versammeln, gehört zu einer Gruppe kleiner Holzhäuser, die direkt an der Küste stehen. Durch die vergitterten Fenster scheint die Sonne in einen kleinen Raum, dessen weißgetünchte Mauern mit billigen türkischen Teppichen behängt sind. Das einzige Möbelstück ist ein Büffett mit einem Spiegel als Schranktür. Auf dem Büffett steht eine Petroleumlampe, die bei Abdankungen in Anwendung kommt. In diesem ärmlichen Raum sitzen um einen gewöhnlichen Holztisch herum die Männer, die über Krieg und Frieden zu entscheiden haben. Der General Harrington ist groß und in Uniform. Er hat die Arme auf den Tisch gelegt und spricht langsam und ausdrucksstark. Neben ihm sitzt der General Heywood, der Harringtons Worte ins Französische überträgt. Ismed Pascha ist ein kleiner Herr, gleichfalls in Uniform. Sein Gesicht ist braun und erhält durch einen dicken schwarzen Schnurrbart einen energischen Ausdruck. Ismed Pascha spricht Französisch, etwas stotternd und mühevoll, aber doch so, daß er sich ohne Dolmetscher verständlich machen kann. An seiner Seite sitzt Hamid Bey, der Vertreter der Kemalisten in Konstantinopel. Über die Generale Charpy und Mombelli, die Vertreter Frankreichs und Italiens, sagt der Korrespondent nichts weiter, als daß sie den Engländern gegenüber Platz genommen haben.

Eine neue Unterbrechung.

Am Sonntag trat in den von den alliierten Generälen in Mudania geführten Unterhandlungen eine neue Unterbrechung ein, die darauf zurückzuführen sein soll, daß die den Verhandlungsteilnehmern gegebenen Besitzungen hinsichtlich der neutralen Zone und der Stärke der türkischen Gendarmerie nicht bestimmungsgemäß lonten. Über diese Punkte hätten aber am Sonntag vormittag in Paris Verhandlungen zwischen den Mitarbeitern Lord Curzons und ihren Kollegen am Quai d'Orsay stattgefunden. Schließlich sei man übereingekommen, daß eine verkleinerte neutrale Zone eingerichtet werde. Diese soll Istanbül umfassen, wo die englischen Truppen bleiben werden, während die übrigen Punkte am asiatischen Ufer der Meerenge, wo sich die türkischen Abteilungen festgesetzt hätten, außerhalb der neutralen Zone blieben.

Englische Pressestimmen zur Lage.

„Daily Telegraph“ sagt, Herr Curzon habe zugleich den Frieden im Orient und die Entente gerettet. Dennoch sei die Situation noch ernst. Wer behauptet, daß es eigentlich keine wahre Krise gegeben habe, befindet sich im Irrtum. Die einfache Tatsache, daß die letzte Pariser Konferenz nicht weniger als sechs Stunden gedauert habe, beweise dies zur Genüge. „Daily Telegraph“ zufolge ist Frankreich zu der Politik zurückgekehrt, die die Alliierten in ihrer Note vom 23. September ausgetauscht haben. „Daily Chronicle“ hebt dies von neuem hervor und spricht von einem großen Erfolg der Londoner Regierung. Die regierungseindlichen Zeitungen sind dagegen der Meinung, daß Curzons großes Verdienst gerade darin besteht, daß er zum zweiten Male in Paris sehr entgegenkommend gewesen sei. Die „Times“ sagen, daß einige Minister am Sonnabend abends noch gar nicht eingetragen seien, und das Gelingen seiner Mission dadurch gefährdet wurde. Die „Times“ vertrahen sich dann gegen einen Artikel des „Observer“, in dem Garvin den sofortigen Rücktritt Lloyd Georges fordert. Das Blatt meint, es sei unzulässig, solange die Krise dauere, den Rücktritt eines Ministers zu fordern, und „Manchester Guardian“ schreibt, daß der Artikel des „Observer“ sehr wahrscheinlich keine andere Ursache habe, als einen längeren Aufenthalt des Leiters dieses Blattes auf dem Kontinent, hauptsächlich in Frankreich.

Die Auffassung in Italien.

In leitenden Kreisen Roms wird die Orientlage als immer noch ernst bezeichnet. Ledernerfalls siehe Italien völlig auf der Seite Frankreichs und wolle von etwaigem bewaffneten Widerstand gegen die Türken nichts wissen. Eine Drohung liege auch in der Haltung Südwählers, dessen Absichten unklar seien und das hunderttausend Mann unter den Waffen habe. Ruhig sei bisher Bulgarien. Auch von Rus-

land befürchte man keine Überraschungen. Was die Türkei betrifft, so braucht Kemal Pascha keine Truppen nach Thraxien überzuführen, da die vierzigtausend türkische Komitatensis, die 1920 die Armee Paschas bildeten, jeden Augenblick aus der Verbrennung austauen können. Die von den Türken gewünschte Konferenz in Smyrna sei unabdingbar, da die Konferenz dann auf den Schiffen tagen müßte, so gründlich sei die Stadt zerstört. Man halte also an Venetia oder einer anderen italienischen Stadt fest. — Die Kündigung des Dodekanes-Vertrages findet in politischen Kreisen volle Zustimmung. Das auf Grund des Sèvres-Vertrages seinerzeit zwischen Tittoni und Benito Mussolini festgelegte Abkommen habe nach dem Siegen Kemals und dem Umsturz der Orientlage allen Wert verloren.

Benito Mussolini nimmt die Vorschläge der Alliierten an.

London, 10. Oktober. Benito Mussolini setzte heute Lord Curzon davon in Kenntnis, daß er im Namen der griechischen Regierung seine Vorschläge angenommen habe. Es sei von Athen die Aufforderung an die griechischen Delegierten in Lubanien ergangen, entsprechend den Wünschen der Alliierten zu handeln.

Sowjetrußland und Sowjetukraine.

Verhaftung von 65 ukrainischen Gegenrevolutionären in Kiew.

Helsingfors, 10. Oktober. In Kiew ist von den Behörden eine Organisation aufgedeckt worden, die die Vorbereitung eines Aufstandes in der ganzen Ukraine geplant hat. Dem Zentralkomitee der Organisation ist es gelungen, zu entkommen. Im ganzen sind 65 Personen verhaftet worden.

Eine ukrainische Protestnote an England, Frankreich und Italien.

Charlow, 10. Oktober. (Tel.-Un.) Die ukrainische Regierung fordert in einer Protestnote an England, Frankreich und Italien die unverzügliche Aufhebung der englischen Dardanelle-Blockade, welche die für die Versorgung und Wiederherstellung der Ukraine notwendige Schifffahrt unterbindet und damit dem Ausbruch von Hungerepidenien Vorbehalt leistet. Die Note schreibt England die moralische und materielle Verantwortung zu und lehnt jede Entscheidung über die Meerengen ohne ukrainische Teilnahme ab.

Ausweisung des Erzbischofs Natanael.

Warschau, 9. Oktober. (Tel.-Un.) Wie „Ruf Preß“ aus Charlow zu berichten weiß, hat das Chartower Revolutionstribunal den Beschuß gefaßt, den Erzbischof, der sich seinerzeit gegen die Beschlagnahme der Kirchenschäfe ausgesprochen hatte, ins Ausland auszuweisen.

Die wahren Gründe der Nichtbestätigung des Urquhart-Abkommens.

Berlin, 10. Oktober. (Tel.-Un.) Die in den offiziellen Moskauer Telegrammen angegebenen außenpolitischen Gründe für die Ablehnung des Urquhart-Abkommens sind nicht die eigentlichen ausschlaggebenden Gründe gewesen. Die Entscheidung des Rates der Volkskomissare stellt vielmehr ein Zugeständnis an die linke sozialistischen Kreise dar, die an den Vertragbedingungen Anstoß nahmen. Schließlich trat Lenin selbst für ein Abkommen in dieser Frage ein. Die außenpolitische Formulierung bezweigte vor allem die Rehabilitation Karasins, dessen Belassung an der Spitze des Außenhandelskommissariats für notwendig erkannt wurde. Krafft wird in den nächsten Tagen in Berlin erwartet, von wo er nach London fahren dürfte, woher Urquhart bereits wieder abgereist ist. Vor seiner Abreise aus Berlin wies Urquhart darauf hin, daß bei den an Amerikaner vergebenen russischen Kapitulationen die Sowjetregierung feinerlei politische Voraussetzungen geltend gemacht habe. In Sowjetkreisen hält man die Angelegenheit noch nicht für abgeschlossen, da die grundsätzliche Billigung des Urquhart-Abkommens durch die Sowjetregierung die Wiederaufnahme der Verhandlungen offen läßt.

Tschitscherin wieder in Moskau.

Berlin, 9. Oktober. (Tel.-Un.) Wie wir von der hiesigen russischen Gesellschaft erfahren, ist der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Tschitscherin nach seinem mehrjährigen Aufenthalt in Warschau in Moskau eingetroffen. Am Bahnhof wurde der Außenkommissar von den Gefundenen Deutschlands, Österreichs und Polens, ferner von dem stellvertretenden Kommissar für auswärtige Angelegenheiten Karagan empfangen. Tschitscherin hat bereits mit der Ausübung seiner amtlichen Tätigkeit begonnen.

Aus andern Ländern.

Das neue tschechoslowakische Kabinett. Das neu gebildete Kabinett Ševčík wird in der tschechischen Presse als Regierung der nationalen Solidarität bezeichnet. Der neue Ministerpräsident Ševčík ist eine ausgesprochene Kompromissnatur. Er hat wiederholt zu erkennen gegeben, daß ohne Mitregierung der Deutschen der Staat weder politisch noch wirtschaftlich gefunden kann. Dr. Rašín als Finanzminister bedeutet die Politik der starken Hand. Er will rücksichtlos das staatliche Sparziel durchführen. Sein Ziel ist die Stabilisierung der Krone und Vorbereitung einer neuen Goldwährung.

Tagung der Internationalen Arbeiterkonferenz in Genf. Am 18. Oktober tagt in Genf die internationale Arbeiterkonferenz, die sich insbesondere mit der Reorganisation des internationalen Arbeitsamtes beschäftigen wird. Bis jetzt stand an der Spitze des Amtes ein Verwaltungsrat mit 24 Mitgliedern. Nun soll die Wahl auf 32 erhöht werden, damit auch die Vertreter außereuropäischer Staaten berücksichtigt werden können. Es soll die Konferenz in Zukunft nicht mehr wie regelmäßig jährlich, sondern einmal in zwei Jahren stattfinden. Diese Bestimmungen können erst dann Gültigkeit erlangen, wenn sie auch von den Ententekräften, insbesondere vom Böllerbund in Zweidrittelmehrheit angenommen werden. — Auf dem Programm steht u. a. die Behandlung der Frage, die sich mit der Ratifikation des Abkommen von Washington über den Abstand und die Beständigkeit bis jetzt nur von einzelnen kleinen Staaten, so z. B. der Tschechoslowakei angenommen worden.

Die bevorstehende Kammertagung in Frankreich. Die Kammer beginnt am Donnerstag, dem 12. Oktober, ihre Sitzungen. Die allgemeine Überzeugung ist, daß große Überraschungen zunächst nicht zu erwarten seien und daß die Tagung sich ungewöhnlich ruhig abwickeln wird. „Zu ruhig für meinen Geschmack“ hat ein alter Parlamentarier gesagt. Im Palais Bourbon liegen etwa fünfzehn Interpellationen vor, über die Außenpolitik, über die Politik der Regierung im allgemeinen, über die Finanzwirtschaft, über den Aktiengeldtag, über die Katastrophen des Schiffes „La France“ und andere Gegenstände von geringem Interesse. Unter den Interpellanten befindet sich der Clemencij Mendel, der, wie jeder weiß, Poincaré angreifen wird. Die Regierung hat die Abstimmung, die Interpellationen über die Gesamtpolitik zu beantworten. Es wird damit gerechnet, daß dies etwa fünf Sitzungen ausfüllen wird, und daß noch im Oktober mit der Beratung des Budgets begonnen werden kann. Es wird für sich gehalten, daß Poincaré keine der Interpellationen zu fürchten hat. Mit der äußeren Politik der Regierung ist auch die Gruppe Clemenceaus einverstanden. Im Senat wird man sich in der ersten Sitzung

Die glückliche Geburt eines
Töchterchens [9545]

zeigen an
Helmut Burghardt u. Frau
Helene geb. Martini.
Dabrowska kuj., den 7. Oktober 1922.

Gestern früh verschied plötzlich und unerwartet
nach kurzem, schwerem Leiden unsere liebe, treue
sorgende Mutter, Schwester, Schwägerin, Tante
und Großmutter

Frau Auguste Schön

geb. Lassen im Alter von 45 Jahren. [9546]

Dies zeigen schmerzvoll an
die trauernden hinterbliebenen.
Poznań, den 11. Oktober 1922.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 15. d. Mts.,
nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des St.
Luisfriedhofs aus statt.

Vom Kuratorium zur Einführung genehmigt:

Wesoły Początek
Polnisches Lesebuch für deutsche Schulen

von H. Seydel.
2. verbesserte und vermehrte Auflage.
Sachenpreis einschließlich Lehrungszuschlag 720 Mark.
Zu beziehen durch jede Buchhandlung, sowie durch den
Kommissions-Verlag

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt A.-G.,
Poznań, ulica Zwierzyniecka 6.

Prima Korsets Hüftenhalter Büstenhalter
empfiehlt in grosser Auswahl
Altrenommiertes Spezial-Korsett-Geschäft
Frau W. Kaczmarek, ul. 27. Grudnia 20.
Eigenes Mass-Atelier.

Dampfpflüge Fowler
geb. 1904, betriebsfähig,
verkauft sehr billig
Jandy, Poznań, ul. Dąbrowskiego 25.
Telephon 2353.

Habe abzugeben:
2 sehr gut erhaltene

Feldeisenbahnlören
und 5000–6000 gute
Dachziegel u. Firststeine.
Dom. Kurowo p. Kościan.

Steinkohlenteer, Klebemasse
Dachpappen
in besten Qualitäten zu Fabrikpreisen.
K. Günther, Poznań, Towarowa 21. Tel. 2945.

Erle, Birke, Pappel,
wie jedes andere Laubholz, kaufen
Przemysł drzewny, Eduard A. Lehmann, Ostrów.

3 echte deutsche Schäferhündinnen,
2 Wochen alt, sind abzugeben. — Preis 25 000 M.
9549 Hostmeyer, Swarzędz b. Poznań.

Aus meiner durch die Wielkop. Izba Rolnicza an-
erkannten Yorkshire-Schweinezucht habe ich ständig

Jerkel und Läufer
wie auch einige sprungfähige Eber abzugeben.
Besichtigung jederzeit möglich. — Bestellungen erbeten an
S. von Becker, Grudziec, pow. Piešew.

Zeitungsbestellzettel f. Postabonnement.

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat Oktober 1922
durch die Post zum Preise von M. 990.— monatl.
zugleich Zustellgebühr.

Name Wohnort

Straße

TEATR PALACOWY

Heute, Mittwoch, zum letzten Male:

Lady Hamilton

[347]

Admiral Nelsons letzte Liebe.

Ab Donnerstag, den 12. Oktober:

„Za chwile zapomnienia“.

In der Hauptrolle der weltberühmte Kinostern: Hasselquist.

Dreschmaschinen-Riemen

aus Kamelhaar offerieren preiswert

[9478]

Ferd. Ziegler & Co., Bydgoszcz.

Ankäufe u. Verkäufe

Stellenangebote

Suche eine kleine Landwirtschaft

ledigen oder verheir.

in evangelischem Dorf zu pacht.
od. z. Kauf. Einheit nicht aus-
gegli. Ang. u. 9552 a. d. Gesch.

Zlockenmeister

Zu kaufen gesucht.

für den Haushalt gesucht.

Hausgrundstück

Angenehme Stellung. Reise wird

sowie

vergütet. Angebote m. Angabe

Landwirtschaften

des Alters, der Lohnanprüche.

haben bares Geld, genaue

wenn möglich, unter Beifügung

Aufstellung exibit Losiak,

des Bildes, werden an Fräulein

Poznań, Mickiewicza 11.

Märchen Estner in Berlin-

Dahlem, Gothastraße 11, ebd.

Nach Dahlem b. Berlin

wird sofort in eine Villa

eine einfache

Suche oder Mädchen

5919

für den Haushalt gesucht.

Angenehme Stellung. Reise wird

Zlockenmeister

vergütet. Angebote m. Angabe

Rittergut Boguszyn,

Fr. Smigiel. [9539]

Zu kaufen gesucht.

Nach Deutschland sucht

Deutschfräulein,

Deputatamt. mit Hofgärtner.

gewandt in Kurzschiff und

Schreibräume, sucht zum

1. November oder später

Paul Schneider, Stellvertreter

Rittergut Bronisłowo,

Fr. Smigiel. [9538]

Zu kaufen gesucht.

Nach Deutschland sucht

Deutschfräulein,

Deputatamt. mit Hofgärtner.

gewandt in Kurzschiff und

Schreibräume, sucht zum

1. November oder später

Paul Schneider, Stellvertreter

Zu kaufen gesucht.

Nach Deutschland sucht

Deutschfräulein,

Deputatamt. mit Hofgärtner.

gewandt in Kurzschiff und

Schreibräume, sucht zum

1. November oder später

Paul Schneider, Stellvertreter

Zu kaufen gesucht.

Nach Deutschland sucht

Deutschfräulein,

Deputatamt. mit Hofgärtner.

gewandt in Kurzschiff und

Schreibräume, sucht zum

1. November oder später

Paul Schneider, Stellvertreter

Zu kaufen gesucht.

Nach Deutschland sucht

Deutschfräulein,

Deputatamt. mit Hofgärtner.

gewandt in Kurzschiff und

Schreibräume, sucht zum

1. November oder später

Paul Schneider, Stellvertreter

Zu kaufen gesucht.

Nach Deutschland sucht

Deutschfräulein,

Deputatamt. mit Hofgärtner.

gewandt in Kurzschiff und

Schreibräume, sucht zum

1. November oder später

Paul Schneider, Stellvertreter

Zu kaufen gesucht.

Nach Deutschland sucht

Deutschfräulein,

Deputatamt. mit Hofgärtner.

gewandt in Kurzschiff und

Schreibräume, sucht zum

1. November oder später

Paul Schneider, Stellvertreter

Zu kaufen gesucht.

Nach Deutschland sucht

Deutschfräulein,

Deputatamt. mit Hofgärtner.

gewandt in Kurzschiff und

Schreibräume, sucht zum

1. November oder später

Paul Schneider, Stellvertreter

Zu kaufen gesucht.

Nach Deutschland sucht

Deutschfräulein,

Deputatamt. mit Hofgärtner.

gewandt in Kurzschiff und

Schreibräume, sucht zum

1. November oder später

Paul Schneider, Stellvertreter

Zu kaufen gesucht.

Nach Deutschland sucht

Deutschfräulein,

Deputatamt. mit Hofgärtner.

gewandt in Kurzschiff und

Schreibräume, sucht zum

1. November oder später

Paul Schneider, Stellvertreter

Zu kaufen gesucht.

Nach Deutschland sucht

Deutschfräulein,

Deputatamt. mit Hofgärtner.

gewandt in Kurzschiff und

Schreibräume, sucht zum

1. November oder später

Paul Schneider, Stellvertreter

Zu kaufen gesucht.

Nach Deutschland sucht

Deutschfräulein,

Deputatamt. mit Hofgärtner.

gewandt in Kurzschiff und

Schreibräume, sucht zum

1. November oder später

Paul Schneider, Stellvertreter

Zu kaufen gesucht.

Nach Deutschland sucht

Deutschfräulein,

Deputatamt. mit Hofgärtner.

<p

Wahlkalender.

12. Oktober. Außerster Termin zur Anmeldung von Einsprüchen gegen die Kandidationen über Streichung aus der Liste. (Art. 87, Abs. 1 und Art. 115 g.)

14. Oktober. Die Kandidaten der Wahlkreislisten geben zu Händen des Vorsitzenden der Wahlkreiskommission eine Erklärung ab über ihr Einverständnis zur Bewerbung um ein Mandat, d. s. eine Versicherung, daß der Kandidat sich für einen polnischen Staatsbürger ansieht und daß er nach seinem besten Wissen das passive Wahlrecht besitzt. (Art. 44, Abs. 2.) Die Bevollmächtigten der Wahlkreiskandidatenliste geben zu Händen des Vorsitzenden der Wahlkreiskommission eine Erklärung ab über den Anschluß der Wahlkreisliste an eine Staatsliste. (Art. 57, Abs. 1 und 2.)

16. Oktober. Die Bezirkswahlkommissionen übersenden den Kreiswahlkommissionen zwei Exemplare der Wählerlisten. (Art. 39, Abs. 2 und Art. 115 g.)

20. Oktober. Die Bezirkswahlkommissionen nehmen die einlaufenden Einsprüche gegen Streichung aus der Wählerliste an und übersenden sie nachträglich an die Wahlkreiskommissionen. (Art. 39, Abs. 3 und Art. 115 g.)

24. Oktober. Die Wahlkreiskommissionen liefern den Stimmbezirkswahlkommissionen Wahlauslösungen mit den Kandidatenlisten zum Ansehen. (Art. 56, Abs. 3.)

26. Oktober. Die Kreiswahlkommissionen übersenden den Bezirkswahlkommissionen zwei Exemplare der endgültig festgestellten Wählerliste und übersenden gleichzeitig die dritten Exemplare der Liste an die zuständigen Gemeindevorsteher. (Art. 40 und Art. 115 g.)

30. Oktober. Die Vorsitzenden der Bezirkswahlkommissionen legen die endgültig festgestellte Wählerliste zur öffentlichen Durchsicht aus. (Art. 43, Abs. 1 und Art. 115 g.)

3. November. Letzter Tag der wiederholten Auslegung der Wählerliste. (Art. 43, Abs. 1 und Art. 115 g.)

5. November. Abstimmung für den Sejm.

12. November. Abstimmung für den Senat.

13. November. Sitzung der Wahlkreiskommission zwecks Feststellung des Ergebnisses der Sejmwahlen. (Art. 87, Abs. 1 und Art. 115 f.)

20. November. Sitzung der Wahlkreiskommission zwecks Feststellung des Ergebnisses der Senatswahlen. (Art. 87, Abs. 1 und Art. 115 f.) (Dz. Ust. N. P. Nr. 81 vom 29. September 1922, Pol. 724.)

Staatsstreichpläne der Faschisten.

Die italienischen Blätter veröffentlichten geheimen Instrumente der Faschisten. Danach sollen die Faschistencorps in der Zeit vom 22. Oktober bis 4. November sich in der Nähe Rom unter dem Vorwand eines Kongresses und der Verleihung der goldenen Tapferkeitsmedaille an die Gattin der gefallenen Faschistertoti versammeln. Das Parlament soll befehl, alle Minister abgesetzt werden. Unter Leitung Mussolini wird ein Wahlkampf ausschließlich gebildet werden, der die ganze Leitung des Staatsstreichs in die Hand zu nehmen hat. Eine Abordnung der Faschisten soll sich zum König begeben, um die Sanktion zum Staatsstreich zu verlangen. Es sollen Neuwahlen ausgeschrieben und eine provvisorische Regierung bestellt werden aus Männern, die über den Parteien stehen.

Die Lage zwang die Faschisten, seine Rückkehr nach Rom zu bekleidungen. Am Freitag traf er in Rom ein. Unmittelbar danach wurde der Ministerrat einberufen. Während der Sitzung des Ministerrats wurde bekannt, daß die Faschisten in mehreren Ortschaften Südtirols die Gemeindehäuser besetzten. Von Bozen zogen die Faschisten nach Triest, wo sie den Rücktritt des Generalgouverneurs Credaro erzwingen wollten, dem sie Schönung des Tiroler Deutschums vorwarfen. Credaro weigerte sich jedoch, in einem lebhaften geführten Gespräch mit den Führern der Faschisten, auf einen anderen Befehl als den der Regierung zurückzutreten. Infolgedessen blieben die Faschisten in Triest mobilisiert und besetzten das Provinzialhaus. Der Schatz der öffentlichen Ordnung in Triest ist an das Militär übergegangen. Die Regierung hat den Gouverneur von Triest nach Rom zur Berichtserstattung berufen.

Am Sonnabend traf Generalkommissar Credaro zur Berichtserstattung in Rom ein. Der italienische Innenminister hat um Verstärkung der Truppenbelägerungen im Ober-Etsch-Gebiet und in einigen Städten Nord-Italiens ersucht. Drei Regimenter wurden nach Triest, Bozen und Meran geschickt. Die Nachrichten, daß der Generalkommissar seine Demission gegeben habe, sind bisher unbestätigt. Die italienische Presse berichtet aufs schärfste die Zwischenfälle in Bozen und Triest und fordert die Regierung auf, die Staatsautorität um jeden Preis aufrecht zu erhalten.

Beschlüsse des Ministerrats.

Nom. 9. Oktober. Der Ministerrat faßte folgende Beschlüsse:
1. Es darf keine Reaktionspolitik gegen den Faschismus getrieben werden, sondern es ist auf die Überzeugung einzumünzen, wie es bisher die Regierung getan hat.
2. Die Diskussion über die Reform der Wahlordnung muß beschleunigt werden, wobei die Regierung den einzelnen Parteien freie Wahl läßt bei der Formulierung der Vorschläge, die sie als eingebrocht erachten.
3. Die Regierung erkennt die Notwendigkeit an, Neuwahlen in kürzester Zeit durchzuführen, da die Zusammensetzung des Kammer den politischen Richtungen im Lande nicht mehr entspricht. — Infolge dieser Verständigung, die im Kabinett aufgetreten ist, ist die Krisis vertieft worden. Die Faschisten sollen mit der oben angeführten Entscheidung der Regierung zufrieden sein.

Die Regierung de Facta bleibt.

Nom. 9. Oktober. Nach der Sitzung des Ministerrates erklärte de Facta, daß die Regierung auf ihrem Posten verbleibe und ihre Pflicht bis zum Ende erfüllen werde. Im Kabinett herrschte Eintracht. Es sind keinerlei Ausnahmenahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern des Landes getroffen worden. Die Regierung wird um jeden Preis den Frieden sichern. Zum Schlus dementierte de Facta kategorisch die Nachricht über die Einberufung von zwei Jahrgängen.

Deutsches Reich.

Eine neue deutsche Veröffentlichung zur Schuldfrage

In Konstanz erklärte Reichsanziger Wirth: Sobald wir etwas Positives in der Hand hatten, haben wir Schritte dagegen unternommen, daß man uns die Alteinschuld am Kriege aufbürdet. Jetzt haben wir Beweise. Unser Drucksachenwechsel wird in den nächsten Tagen in roter Schrift veröffentlicht werden. Dem Kommando im Winter steht der Kanzler mit Sorge entgegen. Es handelt sich dabei um die Organisation des Kampfes gegen den Hunger.

** Värmzonen im preußischen Landtag. Mit einem sehr stürmischen Schluß vertagte sich wider Erwarten bereits am Freitag der preußische Landtag bis zum 17. Oktober. Das Haus hatte den Antrag auf die Unterbreitung von Vorschlägen, durch die die Presse in Preußen vor dem ihr drohenden Zusammenbruch bewahrt wird, nach eindringlicher Begründung durch den Abg. Schmeling (Dr.) an einen Ausschuß überwiesen, der schnellstens zusammentreten soll. Bei den Nobellen zum Gerichtsstättengesetz sowie zu den Geschäftserordnungen für Notare, Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher gab es dann eine Reihe von Abstimmungen. Der ursprüngliche Abstich entgegen schlug den Präsidenten darauf Vertragung bis zum 17. Oktober vor. Bei

Feststellung der Tagesordnung provozierten die Kommunisten zum Schluß einen Skandal, der die Gemüter auf das heftigste erregte. Die Morgenausgabe des "Vorwärts" am Freitag hatte einen Bericht über die Privatklage Kuttner-Davidsohn gebracht. Dem sozialdemokratischen Abgeordneten Kuttner war vorgeworfen worden, er habe in den Revolutionstagen einen Parteidienst eröffnet. Die Kommunisten beantragten nun mehr, den Bericht über die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses über die mitteldeutschen Unruhen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu legen, um, wie sie erklärten, Gelegenheit zu haben, die deutschnationalen bewußten Lügen zu widerlegen und ferner den Abg. Kuttner, der an der Spitze des Untersuchungsausschusses steht, als Würder zu entlarven. Die sich daran knüpfende Geschäftserordnungsdebatte spielte sich in den heftigsten Formen ab. In der darauf entstehenden großen Unruhe wird Abg. Schulz mehrmals zur Ordnung gerufen. Als Präsident Leinert feststellt, daß ein Bericht noch nicht vorliege, beantragt Abg. Schulz mündliche Berichterstattung, was nach langer und stürmischer Geschäftserordnungsdebatte abgelehnt wird. Nächste Sitzung am 17. Oktober. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge und Anfragen über die Zustände im Saargebiet.

** Eine Straßenbahnsfahrt 20 Mark. Der Kampf um die Erhöhung des Berliner Straßenbahntariffs, der zwischen der Verwaltung der Straßenbahn und der Stadtverordnetenversammlung seit einigen Tagen besteht, hat zu einer außerordentlichen Sitzung des Verwaltungsrats der Straßenbahn geführt, in der dieser beschloß, entsprechend dem Vorgehen anderer Städte die sofortige Erhöhung des Straßenbahntariffs auf 20 Mark vorzuschlagen.

** Die bestrafe Feiertagsheiligung. Die von den "bürgerlichen" Parteien beschworene und wahrscheinlich sogar verfassungswidrige Verordnung des sächsischen sozialistischen Kultusministers Fleischer, wonach es Schülern verboten ist, an staatlich nicht anerkannten Feiertagen dem Schulunterricht fern zu bleiben, hat bereits ihre Opfer gefordert. Drei israelitische Schüler des Döbelner Staatsrealgymnasium sind mit Kargesstrafen belegt worden, weil sie entgegen der genannten Verordnung des Kultusministers am jüdischen Neujahrsfest der Schule ferngeblieben waren.

Der Rathenaumordprozeß.

Die Montagsverhandlung.

Bor Beginn der Montagsverhandlung erzählte der auf freiem Fuß befindliche Angeklagte Werner Voß, der über Sonntag nach Berlin gereist war, daß er dort in einer Kneipe einige junge Leute getroffen habe, ancheinend von der Organisation C., die ihm wegen seiner Aussagen mit dem Tode gedroht haben und ihm auch warnend einen Revolver zeigten.

Die Sitzung begann um 9½ Uhr. Präsident Hagens konstatierte die Anwesenheit aller Angeklagten und teilte mit, es habe sich erweisen, daß die Erkrankung ersten Hindernis habe. Es besteht begründeter Verdacht, daß ein Attentat geplant war. Die Untersuchung sei noch nicht abgeschlossen, doch seien inzwischen verschärzte Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden.

Darauf wird ein früherer Schülkollege Günther, Duckart, vernommen, der über seine Beziehungen zu Günther berichtet. Dann wird Günther selbst vorgezogen und vom Präsidenten Hagens über seine Beziehungen zu Ludendorff befragt. Günther sagt, daß er auf dem Umweg über Jagow zu Ludendorff kam. Er drückt sich über den Inhalt des Gesprächs sehr undeutlich aus. Später habe er Ludendorff noch um einen Fahnenabzug gebeten. Ludendorffs Antwort sei bei den Aten. Er habe auch Helfferich besucht und ihn gebeten, in der nationalen Vereinigung gegen Gewalttaten zu sprechen. Helfferich habe seinem Wunsche entsprochen. Dieses sei vor dem Kapo - Putz gewesen. Graf Reventlow hatte Günther zu Helfferich geführt.

Darauf wird der Gerichtsrat Dr. Schäke als Sachverständiger vereidigt. Er macht zunächst Mitteilung über das Vorleben Günthers. Die Sitzung muß um 11½ Uhr unterbrochen werden, weil der Angeklagte Warneck wieder recht leiden begonnen hat.

Beginn der Zeugenvernehmung.

Am Montagnachmittag wurde das Verhör der Angeklagten beendet und die Zeugenvernehmung nahm ihren Anfang. Unter anderem kam der Berliner Studienrat Mentz zu Wort, der über den deutschnationalen Jugendabend berichtete, bei dem Günther unmittelbar am Tage der Ermordung Rathenaus erschien. Zwischen den Zeugen und dem früheren Reichskanzler Fehrenbach, der als Zeugenrichter fungiert, kam es zu einer erregten Auseinandersetzung, als der Studienrat den preußischen Präsidenten griff charakterisierte, woraus Fehrenbach eine Zurücksetzung der anderen deutschen Stämme gegenüber Preußen herausgeholt glaubte.

Vollstümlich-wissenschaftliche Vorträge in Posen.
Von Dr. Hermann Aufschning.
Das fünf Vortragsverzeichnis deutlicher vollstümlich-wissenschaftlicher Vorträge in Posen, das jetzt zur Ausgabe gelangt, erfordert einige begleitende Worte grundsätzlicher Art, die zwar nicht das vielseitigste Thema der Volksbildung und Volksbildungsbewegung in seiner ganzen Breite und Tiefe erörtern, aber doch dem Verständnis sowie dienen wollen, als es unsere besonderen Volksbildungsfragen notwendig machen. Es wird dabei auf den vor zwei Jahren gehaltenen einleitenden Vortrag von Dr. Poenschen über "Aufgaben und Ziele des Volksbildungswesens", abgedruckt im "Posener Tageblatt" Herbst 1920, hingewiesen als auf die Voraussetzungen, von denen wir bei unseren Veranstaltungen ausgehen.

Die deutschen Vortragsveranstaltungen Posens haben ihre Lebensfähigkeit ebenso erwiesen wie der zwar wechselnde Besuch ein ständig vorhandenes Bedürfnis. Sie haben die fortgelebte Wandelung überdauert, ja sie können im dritten Jahre ihres Bestehens in gewisser Weise eine Erweiterung trotz der Beschränkung des Zuhörerkreises erfahren.

Das Verzeichnis weist gegenüber den früheren Programmen schon äußerlich eine größere Mannigfaltigkeit der Veranstaltungen, der Themen und der für die Mitarbeit gewonnenen Vereine auf, hiermit den ausdrücklichen Willen befriedigend, besondere geistige Bedürfnissen entgegenzukommen, möglichst aber die Gesamtheit des Deutschtums für die große Aufgabe der Erhaltung und Vertiefung deutscher Kultur bis in die praktische Arbeit und Bürgerkunde des neuen Staates hinein zu bringen. Unseren seit Beginn unserer Tätigkeit gesetzten Ziel, aus dem lebendigen Bedürfnis möglichst aller Kreise eine zwar lockere aber in der Teilnahme aller begründete gemeinsame Veranstaltung der deutschen Bevölkerung Posens zu schaffen, sind wir mit diesem Winterprogramm dank dem Verständnis und der Bereitwilligkeit der meistern deutschen Vereine um einige Schritte näher gekommen. Diese fortwährende Mannigfaltigkeit unseres Programms läßt zugleich auf eindringliche Weise die sich mehrenden geistigen Aufgaben erkennen. Gewiß sind hier Aufgaben unter eine einheitliche Leitung gebracht, die in besonderen Organisationen auch ihre Erfüllung zu finden vermöchten. Aber die gedankliche und praktische Trennung der Aufgaben, der mit Schärfe geführte Kampf der Weltanschauungen auf dem Gebiete des freien Volksbildungswesens kann uns Grenzen und Auslandsdeutsche in dem Maße nicht bewegen wie Reichsdeutsche. Wir haben nicht von der Problematik aller Werte und alles Wissens auszugehen. Unser Vortragswesen kann sich aber auch nicht auf bestimzte Weltanschauungs-, soziale oder Parteidogmen festlegen, für uns gibt es nur zwei unverrückbare Grundgedanken, zwei unbestreitbare Werte, aber freilich stehende Werte: Unser Volkstum, unsere aus dem deutschen Volkstum erwachsene Geistesfultur und unsere Heimat. Von hier aus gewinnen wir die einzige mögliche Stellung zu den großen Fragen, die uns geistig, sozial und politisch, die uns theoretisch und praktisch bewegen. So gewinnen für uns auch die Fragen der Volksbildung, die in Deutschland leicht in gewisser Vereinzelung gesehen und beantwortet werden, einen großen Zusammenhang. Was dort scheide, muß uns noch verbinden. Was dort in getrennten Vereinen zu pflegen ist, muß bei uns zum gemeinsamen Band aller Volksglieder über die Grenzen hinweg dienen. Und so erwächst letzten Endes uns Auslandsdeutschen eine große, von den Winnendeutschen kaum zu lösende geistige Aufgabe, unserem in viele Kulturstreifen und Volksplatten aufgespaltenen deutschen Volk durch Erneuerung unserer Kulturlinie im Durchdringung aller Zweige der Volksbildung mit einheitlichem Geist eine neue geistige Einheit zu schaffen.

"Volksbildung"? Die bisherigen Veranstalter haben mit voller Absicht diesen mißverständlich Ausdruck vermieden. Wir wollen ihn auch ferner meiden. Wir können die dänische Schule Grundlage nicht nachmachen. Was in der Großstadt an Verlusten dieser Art unternommen wurde, ist im Kern verfehlt. Aber auch die ländlichen Volkshochschulen ermangeln noch durchaus der zielgerichteten Einstellung auf unsere gegenwärtige Lage und des Überblicks über Kulturstoffen größter Bedeutung in ihrem weiten Zusammenhang. Das Urteil erweist sich als immer richtiger: die vielen Volkshochschulen Deutschlands, nach kurzer Schenklüte bereits wieder absterbend an innerer Unfruchtbarkeit, an der Unmöglichkeit ihrer geistigen Grundlage, der Salbbildung dienend, der politischen Verbretzung einer unfruchtbaren nationalistischen Aufführung —, können auf diesen ein hohes Ziel einschließenden Namen keinen Anspruch machen. Auch in geistigen Dingen wird nicht improvisiert, auch Neubildungen der Volksziehung müssen langsam heranwachsen, und können weder gedanklich noch in mechanischer Organisation vorwiegendommen werden, ehe die Aufgabe ihrer Erfüllung geistig herangereift ist.

Wir sehen zunächst unser Ziel niedriger und unsere Aufgabe beschleiner, ohne die hinter dem zwiespältigen Bildungstreben unserer Gegenwart liegende tiefere Erziehungsfrage aus den Augen zu verlieren. Wir können nicht, wie es in Deutschland wohl geschehen ist, ganze Bevölkerungsklassen, dringende geistige Bedürfnisse beiseite schließen und uns auf eine Aufgabe einstieg einstellen. Uns bleibt auch hier die schwierigere, methodisch wie ideell noch nicht durchdrückte Doppelaufgabe, die geistige Verbindung mit dem lebendigen Strom deutscher Kultur im Reich aufrecht zu erhalten und unser Besitz an geistigem Volksgut zu vergrößern, in die Jugend eine vertiefte Kenntnis und Aneignung unseres deutschen Kulturgutes hereinzu tragen. Die Arbeit hieran aber müssen wir an praktische Aufgaben knüpfen, die uns unsere volkliche Lage und die Gegenwart aufgeben.

Wenn daher hier unternommen werden mag, die gedanklichen Grundlagen unserer Veranstaltungen zu zeichnen, so sei von dem Bedürfnis nach praktischer Belehrung ausgegangen. Wir dürfen einer Art Staatsbürgerkunde für den Deutschen in Polen, einer Staatsbürgerkunde, die verschiedenem Verständnis, verschiedenem Zwecken dienen soll. Stand im vorigen Jahr im Mittelpunkt der Vorträge eine fortlaufende Reihe von Vorträgen, die einen Durchschnitt durch alle Gebiete der deutschen Kultur gab, so soll in diesem Winter eine Vortragsreihe die gründlichen Legenden Kenntnisse von dem neuen polnischen Staatswesen vermittelten, soweit sie für den polnischen Staatsbürgers deutschen Volksstums von Bedeutung sind. Über alle Kulturreihen und wirtschaftlichen Gebiete soll unter Berücksichtigung der früheren Entwicklung das Wesentliche zur Kenntnis des praktisch verwertbaren Aufklärung verlangenden Deutschen gelangen. Diesem großen Zyklus werden jüngere in kleinerem Rahmen anschließen, die teilweise dem Gesamtumfang staatsbürglicher Fragen in Polen, teilweise praktischer Einzelfragen dienend, in ihrer Gesamtheit die Kenntnis vom polnischen Staatswesen vertiefen sollen. Daneben wird die Ausbildung der herangewachsenen Jugend in praktischen Fächern eine Hauptaufgabe sein, die freiheitlich bei den geringen für solche Arbeit zur Verfügung stehenden Mitteln in der Erfüllung Wesentliches wird vermissen lassen müssen. Eine deutsche Fortbildungs- und Handelschule werden die in diesem Rahmen abgehaltenen Lehrgänge nicht erlegen können, wohl aber sollen sie zur eigenen Weiterbildung freiesamer Teile der Jugend anregen, die zurzeit wenig geneigt scheint, ihre praktischen Kenntnisse aus freiem Verantwortungsgefühl heraus zu erweitern. Dazu gehören Lehrgänge in Stenographie, Kaufmännischem Rechnen, in Buchführung, Geld-, Bank- und Börsentheorie. Dazu gehören vor allem aber auch Sprachkurse, die einem breiten Publikum zu den günstigen Bedingungen hinreichend, einem starken Bedürfnis entgegenkommen dürfen. In diesem Semester werden außer englischen und französischen Sprachlehrgängen, auch wieder Unterrichtsstunden in polnischer Sprache für Anfänger und Fortgeschrittenen gehalten werden.

Neben diesen praktischen Aufgaben darf die Aufgabe, neue Forschungsergebnisse auf allen Gebieten der Wissenschaft zur Kenntnis unserer Auslandsdeutschen zu bringen, nicht zu kurz kommen. Im Lebendigen Zusammenhang mit der Kultur Deutschlands durch Veranstaltung geeigneter Vorträge zu bleiben, wird für uns so notwendiger werden, als es nur Wenigen möglich sein wird, sich in mehreren Zeitschriften fortlaufend Kenntnisse zu verschaffen. Sie dienen einer Anzahl von Referaten einheimischer Dozenten, die keine eigenen Forschungen übermitteln wollen, und Vorträge reichsdeutscher Gelehrter dieser wichtigen Aufgabe. Auf allen Gebieten der Geisteswissenschaften und auf mannigfachen der Naturwissenschaften weist das Programm Themen für Vortragsreihen und Einzelvorträgen auf. Hieran werden sich auch eine Reihe von Kulturfilmvorführungen anschließen, die den deutschen Schulen, aber auch dem erwachsenen Publikum in anschaulicher Weise wissenschaftliche Fragen und Erfahrungen näher bringen sollen. Die Hauptveranstalter dieser Vorträge sind die Historische Gesellschaft für Polen und der Deutsche Naturwissenschaftliche Verein, die an Stelle ihrer wissenschaftlichen Monatsversammlungen diese Veranstaltungen einem breiteren Publikum bieten werden.

(Schluß folgt.)

Sokal- u. Provinzialzeitung.
Posen, 11. Oktober.

Pferde-Massenerkrankungen im ehem. preußischen Teilgebiet.

Über die Pferde-Massenerkrankungen mit tödlichem Ausgang, über die in den letzten Monaten in den Tageszeitungen verschiedene, sich zum Teil widersprechende Nachrichten erschienen waren, schreibt der "Landbund" u. a. folgendes:

In Pommerellen sind in den letzten Monaten unter gleichen Erscheinungen eingegangen: 23 Pferde des Majoratsbesitzers von Wolff in Gronowo (Wolffserbe), Kreis Thorn, 18 hochwertige Vollblut- bzw. Rennpferde des Grafen von Alvensleben in Ostromęcko, Kreis Culm; 7 Pferde, darunter ein Fohlen, des Herrn Goers in Alt-Thorn; je ein Pferd des Grafen Hanseking in Neustadt, des Herrn Bremer in Bęgorzowice, Kreis Culm, und des Rittergutsbesitzers Feldt in Kowroś, Kreis Thorn. Ferner sind in der Wojewodschaft Posen

→ Posener Tageblatt. ←

artige Erscheinungen, dann meist plötzliches Verenden ein. Das Urteil der hinzugezogenen Veterinäre über die Todesursache ist recht verschieden. Während mehrere Veterinäre, darunter auch der Viehleiterchef der Wojewodschaft, Dr. Gracz, als Todesursache Tumfrucht angaben, hat zum Beispiel der Kreisärzt in Neustadt auf Winklarm-Göttingen erkannt. Tatsache ist, daß sämtliche verendeten Pferde gegen Druse mit einem aus dem Serum institut in Bromberg bezogenen Serum geimpft worden sind und sich nach den Einspritzungen die oben erwähnten Krankheitsscheinungen zeigten. Es wird Pflicht und Aufgabe der zuständigen Stellen sein, die Ursache des Verendens einer so großen Anzahl zum Teil besonders hochwertiger Pferde einwandfrei festzustellen, da nach den bestehenden Bestimmungen den in ihren landwirtschaftlichen Betrieben ohnehin durch den Ausfall der Pferde auf das schwere geschädigten Besitzern eine Entschädigung durch den Staat vorläufig nicht zusteht.

Die Unterstützung fremder Staatsangehöriger.
Über Armenunterstützung fremder Staatsangehöriger hat der Wojewode von Pommern die nachstehende Verordnung erlassen:

Es ereignen sich Fälle, daß die Armenverbände, sowohl die polnischen als auch die deutschen, nachdem sie die Staatsangehörigkeit der Armen, die sie unterhalten, festgestellt haben, sich weigern, diese weiterhin zu unterhalten, besonders, wenn die Armen in Provinzen anstaaten untergebracht sind. Dieses Verfahren steht sich auf den Artikel 28 des deutschen Reichsgesetzes vom 30. Mai 1908 vom Unterstützungsamt. Hierdurch gebe ich den Starosten und Stadtprääsidenten zur Kenntnis, daß im Sinne der Vereinbarung zwischen dem deutschen Konsulat und dem ehemaligen Ministerium des ehem. Preuß. Teilstaates sowohl die polnischen als auch die deutschen Armenverbände verpflichtet sind, die in ihrem Gebiete wohnenden Armen zu unterhalten, ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit und den Unterstützungsamt, bis zur endgültigen Regelung dieser Angelegenheit im deutsch-polnischen Vertrage.

Wichtig für Brennereibesitzer. Der Hauptverein deutscher Bauernvereine bittet uns auf die am Sonnabend, 14. d. Mts., stattfindende außerordentliche Generalversammlung der Poznańska Spółka Okowiciiana im Saale der Wielkopolska Izba Rolnicza in Poznań aufmerksam zu machen. Eine Vorbesprechung der Tagesordnung findet um 10½ Uhr im Sitzungssaale des Hauptvereins deutscher Bauernvereine ul. Franciszka Ratajczaka 39 (fr. Ritterstr.) statt.

Deutsche Versicherungsgesellschaften in Polen. Das polnische Finanzministerium hat, dem "Kurier Wieczorny" folge, den Versicherungsgesellschaften "Vorster" in Berlin und "Victoria" in Berlin die weitere Werbetätigkeit in Polen untersagt. Die Gesellschaften dürfen nur noch die Prämien für bestehende Versicherungen einzehren und Versicherungskapitalien auszahlen. Neue Versicherungen dürfen sie nicht mehr abschließen.

Nach dem Zählen von Papiergeleid die Hände waschen! Das ist der Rat, der immer dringender von ärztlicher Seite laut wird. Unser Papiergeleid hat ein solches Aussehen bekommen, daß man sich oft scheut, die Scheine zu berühren. Es gibt Leute, die abwechselnd Papiergeleid zählen und von Butterbrot abheben. Es muß wundernehmen, daß es in unserer aufgellärmten Zeit noch derart unvorsichtige Menschen gibt. Die flebende, aufnahmefähige Eigenschaft des Brotes ist bekannt, ebenso die Tatsache, daß das durch tausend Hände gegangene, zu Löschpapier gewordene Papiergeleid häufig eine Brutstätte von allerhand nur mikroskopisch erkennbaren, zuliegen schädlichen Lebewesen ist. Die Möglichkeit einer Verfeuchung des Körpers durch Bakterien liegt auf der Hand. Aufs Voricht!

X Beschlagnahmte Diebesbente. Bei einer polizeilichen Haussuchung in Wilba wurden folgende, vermutlich gestohlene Sachen beschlagnahmt: ein Fernsprechapparat mit der Fabriknummer 135 407 und der (vermutlichen) Anschlußnummer 2052, Fabrikat Suchard, ein elektrischer Zähler mit der Nr. 5596 der Firma Solar, Böhlermarke Hamburg, ein Kasten mit einer elektrischen Batterie, mehrere Sicherungen. Die Sachen lagern im 3. Polizeirevier in der ulica Przemysłowa (fr. Margaretenstr.).

X Diebstähle. Montag nachmittag zwischen 4—6 Uhr wurden durch Einbrecher aus einer Wohnung des Hauses Plac Nowomiejski 6 a (fr. Königsplatz) gestohlen: 100 M. in Gold, 1 goldene Damenuhr, gez. M. A., mit einer 2 Meter langen goldenen Kette, 1 silberne Herrenuhr der Firma Longines mit Doppeldeckel, eine goldene Damenuhrkette, 1 goldene Brosche mit Perle, eine dünne goldene Kette mit Anhänger, ein goldener Ring mit Brillanten, 1 goldener Ring mit 6 Rubinen, ein dreireihiges rotes Korallarmband, ein silbernes Armband, eine neue Silberfuchs-Boa, zwei blaue seidene Steppdecken, ein brauner Koffer (Lederinnachahmung), größere Mengen Damen- und Bettwäsche. Der Gesamtwert der Diebesbente wird auf vier Millionen Mark beziffert. Gestohlen wurden gestern am Verhöchower Damm 4 13 Brieftauben im Werte von 60 000 M.; aus einer Wohnung des ul. Batorya 4a (fr. Bismarckstr.) drei Anzüge, ein schwarzer Damenmantel, vier Paar Stiefel und ein Fernsprechapparat im Gesamtwert von 300 000 M., auf dem Bahnhofe einem Reisenden eine Brieftasche mit 42 000 M., einem anderen Reisenden das Handgepäck im Werte von 30 000 M., von einem Kasimir Henoch aus Birne, der verhaftet werden konnte. Ferner wurden von einem Bauplatz an der ul. Śniadeckich (fr. Hederstrasse) ein Motormagnet und eine Lühlampe im Gesamtwert von 350 000 M., sowie aus einem Geschäft an der ul. Krasięwskiego 25 (fr. Gedwingstrasse) größere Mengen Zigaretten und Schnäpse im Gesamtwert von 100 000 M. gestohlen.

X Polizeilich festgenommen wurden gestern 7 Dörnen und 4 Bettwäsche.

*** Bromberg.** 9. Oktober. Sonnabend mittag wurde in der Brücke gegenüber der Baernholzchen Mühle die Leiche eines Mannes gefunden. Nach Ausweis der vorgefundenen Papiere handelt es sich um einen Ludwik Przewozny, geboren am 25. August 1882 in Gostyn. Nach Lage des Befundes wird Selbstmord angenommen.

*** Gostyn.** 9. Oktober. Am Sonntag, dem 15. d. Mts., veranstaltete der Kreis-Bauernverein mit dem Gartnerverein Gostyn in der Ressource in Gostyn eine Ausstellung von Obst- und Obstsorten.

*** Inowrocław.** 9. Oktober. Am Donnerstag, dem 5. d. Mts., tagte die diesjährige Synode unseres Kirchenkreises. Von 45 zur Synode gesetzlich gehörenden Mitgliedern waren 32 erschienen, so daß die Synode beschlußfähig war. Die geringe Zahl der Erschienenen erklärt sich daraus, daß acht Pfarrstellen zurzeit unbewohnt sind. Zunächst wurde der Vorstand auf drei Jahre neu gewählt, und zwar außer dem Vorsitzenden, Pfarrer Dietelskamp-Inowrocław, die Pfarrer Siebig und Groß, sowie als wahlweise Mitglieder Landrichterat Strebe und Oberst von Hethbred. Der Vorsthende erstattete darauf den Ephoralbericht, das heißt den Jahresbericht über das kirchliche und stiftliche Leben in den einzelnen Pfarreien auf Grund der eingegangenen Einzelberichte. Synodalrat Hoffmann-Stabowitsch hielt sodann einen Vortrag über das vom Konkordat festgestellte Thema: "Welche erhabten Forderungen stellt die gegenwärtige Notzeit unserer Kirche, insbesondere bei den verwaisten, an die Kirchenältesten?" Eine rege, zum Teil sehr lebhafte Aussprache schloß sich daran an. Der Etat für 1922 balanziert mit 1.575 400 Mark. Als Synodalbeitrag sind von den einzelnen Gemeinden zu zahlen 20 v. H. der Einkommensteuer von 1922. Nach den Berichten der Synodalvertreter für Innere Mission, Jugendpflege, Preßverband, Heidenmission, Judenmission und Gustav Adolf-Stiftung wurden zur Brüderlichkeitshilfe gemäßt die Synodalen Dietelskamp Siebig von Rosentiel und Strebe, bzw. zu Stellvertretern die Synodalen Nohner, Schoenfeld, von Wehrne und Hempel.

*** Lissa.** 10. Oktober. Am letzten Sonntag hatte der Kreisbauernverein Lissa im Evangelischen Vereinshaus eine

Obst- und Gemüseschau veranstaltet, um festzustellen, was die Gärten der Mitglieder in diesem Jahre geliefert haben. Die Gartenbauteilung des Hauptvereins wollte auch feststellen, wo einzelne Obstsorten besonders gut gedeihen, um von diesen Bäumen Edelsorten an andere Mitglieder vergeben zu können. Die Schau war so beschickt worden, daß fast alle in unserer Provinz wachsenden Gartenfrüchte zu sehen waren. Gartenbaudirektor Neissert aus Posen hatte die ausgestellten Früchte vor der Eröffnung der Obstschau bestimmt. In seinem Vortrage bewertete er dann diese, gab an, welche Sorten für den Absatz unter den heutigen Verhältnissen besonders geeignet sind, und besprach im allgemeinen die Pflege eines Gartens. Besonders schöne Früchte hatten ausgestellt die Güter Görzno, Gersdorf, Treben, Strzeżew, Priesisch, Bronislaw, die Besitzer Sudow, Kaschmehr, Kraupe, Krieger aus Wolfskirch, Krieger aus Lachwitz und der frühere Kreis-Gärtner Hornschuh aus Gostyn. Leider muß festgestellt werden, daß die Schau nur von sehr wenigen Mitgliedern unseres Kreises besucht war, es waren eigentlich nur Aussteller gekommen und Gäste aus Katowitz und Gostyn. Um so mehr hatten die Aufwährenden Gelegenheit, ihre Kenntnisse zu erweitern und sich über die Prachtzeugnisse unserer Heimat zu freuen.

* Neutomischel, 10. Oktober. Im Dorfe Wykomyś ist kürzlich ein großer Kirchenraub verübt worden. In der Pfarrkirche wurden silberne und vergoldete kostbare Kirchengeräte aller Art, Kelche, Christuskreuze usw. sowie auch wertvolle mit Gold und Silber durchwirkte Decken, Ornate usw. gestohlen. Die Täter haben die Kirche überbaut völlig ausgeraubt, und mitgenommen, was nicht viel und nützlich war.

* Schubin, 9. Oktober. In der Nacht zum 4. Oktober ist bei der Frau Muttergotteskirche Liehn in Gialeś, Kreis Schubin, ein schwerer Einbruchsdiebstahl verübt worden, bei dem eine Menge silbernes Tafelgerät erbeutet wurde. Viele Stücke sind gezeichnet G. R., P. R. und G. B. Der Wert der gestohlenen Silberware beläuft sich auf sechs Millionen Mark.

* Thorn, 8. Oktober. Sonnabend mittag stürzte ein Teil des Hauses auf dem Westphälischen Hause in der Breiten Straße ein. Eine Dame, Fr. Przybylska erlitt durch die herunterstürzenden Bretter, Balken und den Bauschutt erhebliche Verletzungen, so daß sie sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Bei dem Gerütteln sind die bestehenden baupolizeilichen Bestimmungen augenscheinlich nicht eingehalten worden. — Sonntag nachmittag nahm sich, wie die "Thorn. Btg." meldet, ein 15-jähriger Schüler, angeblich der Sohn eines Regierungsbeamten, am Ufer der Weichsel gegenüber Wieses Kämpfe durch Ersticken das Leben.

* Vandenburg, 7. Oktober. Anfangs dieser Woche er schoß sich der Fischer Friedrich Stenck aus Lubca. Während des Krieges erhielt er einen bis jetzt unheilbaren Kopfschuß, was ihn wahrscheinlich jetzt zum Selbstmord verleitete. — Der Kartoffelpreis beträgt hier 1000 Mark der Rentner.

* Pułzig, 7. Oktober. Von der Leiter gestürzt ist in der hierigen evangelischen Kirche der Kirchendiener Hecht. Er erlitt schwere Verletzungen.

Aus Kongresspolen und Galizien.

Warschau, 6. Oktober. Hier ereignete sich am 5. d. Mts. nachstehender Vorfall: Ein gewisser Józef Mier wollte in der Landesdarlehnskasse einen Scheid von 5 Millionen Mark einlösen. In dem Moment, als ihm die Blechnummer eingeschoben wurde, die zur Empfangnahme des Geldes an der Kasse bereitstellt, trat an ihn ein in der Uniform eines Polizeivorsteigers gekleideter Mann heran und erklärte, er müsse in der Wohnung Alters eine Revision vornehmen. Er befahl Alter, mit ihm zu gehen und ihn nach seiner Wohnung zu begleiten. Auf dem Wege nach der Wohnung Alters ließ er diesen im Kommissariat an der Spitalnaustraße ab, er selbst aber begab sich nach dem im selben Hause befindlichen Amt zur Bekämpfung des Buchers und suchte von hier aus das Weite. Als nun nach längerer Zeit Alter den vermeintlichen Polizeivorsteher, der ihm auch die Blechnummer abgenommen hatte, nicht mehr auftauchen sah, schlug er Lärm, worauf er vom Polizeikommissariat nach der Landesdarlehnskasse geführt wurde, wo es sich herausstellte, daß die Summe von 5 Millionen Mark bereits ein anderer in Empfang genommen hatte. — Der Polizei gelang es, einen Wachtmestreiter der Staatspolizei zu verhaften, der 5 Millionen Mark der polnischen Landesdarlehnskasse unterschlagen hatte. Als er in das Gefängnis eingeliefert werden sollte, zog er plötzlich einen Revolver und richtete die Waffe gegen sich. Er töte sich mit einem Schuß.

* Warschau, 9. Oktober. Auf Grund des Gesetzes über die Beleidigung der Trunksucht, demzufolge auf je 500 Einwohner nur eine Schankstätte entfallen darf, werden vom 1. Januar n. J. ab, an dem das Gesetz in Kraft tritt, in Warschau rd. 200 Schankstätten geschlossen.

Aus Ostdeutschland.

* Dramburg i. Pom., 9. Oktober. Vier Schüler des Gymnasiums, der Untergrundaner Speichert, die Oberchristianer Merkl und Hagenow und der Unterrichtsaner Otto, Mitglieder des Rudervereins Jungdeutschland, machten am Sonnabend von Baumgarten auf auf dem Doppelzweier Wiking eine Ruderpartie auf dem bewegten Übelsee. Der Warumung zuwiderten sie ein Segel. Bei schneller Fahrt schwang das Boot mitten auf dem See voll Wasser, so daß die Insassen sich gezwungen sahen, es umzutippen und auf dem Riel Platz zu suchen. Hagenow, als bester Schwimmer, sollte nun hilf holen. Trotz heftigen Wellenganges erreichte er glücklich das Ufer, vermochte auch noch den Bewohner des Schlosses Karwitz, die sich des Erstickten hilfreich annehmen, Weisung zur Rettung seiner Kameraden zu geben. Ein sofort auf Suche gehendes Boot fand jedoch die Schiffbrüchigen nicht. Am Sonntag fand man das Boot bei Woltersdorf im Schilf und daneben die Leichen von Speichert und Merkl. Die dritte Leiche ist noch nicht gefunden worden.

* Aus Ostpreußen, 9. Oktober. Aus Unvorstelligkeit erschossen wurde die 17jährige Tochter des Fischereipächters Gilgenstaß-Rhein Ostpr. Ihr zu Besuch weilender Vetter machte sich an einem Revolver zu schaffen, als plötzlich ein Schuß losging. Die Kugel drang dem Mädchen in den Kopf und hatte den sofortigen Tod zur Folge.

Aus dem Gerichtssaal.

Drei Todesurteile gegen Banditen.

* Lódź, 9. Oktober. Das Standgericht verhandelte gegen die Banditen Włodzisław Siewierski, Franciszek Wieczorek und Wacław Nurkiewicz, die am 21. August d. J. mit Revolvern einen frechen Raubüberfall auf Lódźer Handelsleute ausführten, die Waren auf Wagen nach Koln transporterten. Das Standgericht verurteilte die drei Banditen zum Tode durch Erschießen. Unmittelbar nach seiner Verurteilung ließ sich Siewierski mit seiner Geliebten trauen, während Wieczorek sein Vermögen von 4 Millionen Mark seiner Frau testamentarisch vermachte.

* Bromberg, 10. Oktober. Wie seinerzeit ausführlich berichtet, wurde in Lissa Gra bei Prondy, Kr. Bromberg, die Familie Brünker ermordet. Den Bemühungen der Polizei war es gelungen, die Täter zu ermitteln, und diese hatten sich am 6. d. Mts. vor der hiesigen Staatsammer zu verantworten. Es wurden verurteilt: Bieliński zum Tode und zu 14 Jahren Zuchthaus, G. Koelz zu 10 Jahren und Giszkra zu 14½ Jahren Zuchthaus. Der Prozeß gelangte bereits einmal zur Verhandlung, doch wurde das damals gefällte Urteil infolge eines Formfehlers aufgehoben. Der während der ersten Verhandlung gleichfalls zum Tode verurteilte Michałski ist inzwischen im Gefängnis verstorben.

Neues vom Tage.

S Bedrohung Gasteins durch Berggrube. Der weltberühmte Kurort Bad Gastein ist von einer furchtbaren Katastrophen bedroht; der seit Wochen anhaltende Regen hat auf dem Stollenabhang des Grauppels das Erdreich ins Nutzchen gebracht, wodurch nicht nur die dort stehenden Gebäude, sondern auch die weiterläufigen Heilquellen des Kurortes auf schwerste Gefahr setzt. Besondere Gefahr besteht für die Kaiser-Wilhelms-Promenade gegenüber der katholischen Kirche, wo sich die ältesten Häuser von Gastein befinden. Ein Bergsturz würde die verheerenden Folgen für den Ort und seine Thermalquellen haben. Die Rutschungen haben sich insbesondere in dem Auftreten von Rissen an dem schon über 50 Jahre alten Franz-Joseph-Stollen, dann in neuen Sprüngen des erst im Winter 1920/21 nahezu hergestellten Bergbach-Kanals und endlich in Erweiterung der schon früher vorhandenen Risse an der katholischen Kirche sichtbar gemacht. Die Gemeinde Gastein beabsichtigt, das Stollenprofil der Franz-Joseph-Doline durch eine neue Ausbuchtung zu sichern. Nach Ansicht der Fachmänner genügen aber diese Maßnahmen nicht, um das ganze Thermalgebiet, das offenbar geologisch vollständig auf einer gewaltigen Schutthalde gelegen ist, zu stabilisieren und dadurch sämtliche gefährdeten Objekte, besonders den Franz-Joseph-Stollen, den Elisabeth-Stollen, dann den darüber liegenden Wilhelms-Zug samt Reichsstraße und Kirche zu sichern.

Brieftafeln der Schriftleitung.

A. in C. 1. Es ist nicht nur ratsam, sondern erforderlich, die Genehmigung nachzuholen, 2. die Danziger Privatkantone in Posen, ulica Pocztowa (fr. Friedrichstr.), ist Devisenkant. Die betr. Gebühr erfahren Sie bei der Bank selbst.

Gehandelt, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	9. Oktober	10. Oktober
Progr. Präm.-Staatsan. (Miljo-	155—180 + N	—
nówka)	380 + N	380 + N
Kwilecki, Potocki i Sta.	—	205—210 + N
Bank Przemysłowa	—	230 +
Bank Sz. Szkoły Jarosław I.—IX. Em.	—	170 + A
Bog. Bani Ziemiań I.—IV. Em.	—	460 + A
Arcona	—	115 + N
Wydgoska Fabryka Mydeł	—	1700 +
H. Cegielski I.—VIII. Em.	530—525 + N	530—510 + N
Centrala Rolnikom I.—V. Em.	—	175 + A
Centrala Stör	265 + N	270—280 + A
E. Hartwig	215 + N	220 + A
Hartwig Kantorowics	820 + N	820 + N
Hurtownia Szkoł I.—II. Em.	125 + N	125 + N
Herzfeld-Vitorius	470—485 + N	490—480 + N
Luban. Fabr. przetw. ziemni.	5000 + A	1420—1450—1425 + A
Dr. Roman Maj.	1400—1420—1410 + P	400 + N
Mlyn i Tartaki Wagrowieckie	—	—
Orient	150 + N	—
Bog. Szkoła Drzewna I.—V. Em.	640—650 +	250—400 + N
Braci Stabrowscy Zapalki	280 + N	730 + N
Społka Stolarska	750 + A	520—510 + N
Sarmatia I.—II. Em.	525 + A	175—180 +
Tri.	175—180 +	185 +
Unja (früher Bentki) I. u. II. Em.	590—575 + A	575—565 + N
Waggon Otwocko	—	230 + N
Wymorze Chemiczna I.—III. Em.	160 + N	160—170—165 + A
Zielon. Browary Grodziskie	420—430 +	420—430 + A
Auszahlung Berlin 872½—85—80. Umsatz: 9 200 000 dtsh. Mark Dollars 11 100.	—	